Nr. 22. Jahrgang V. Berlin, 29. Mai 1896.

Allgemeine Israelitische Wochenschrift

Nebst einer wissenschaftlichen Beilage „Jeschurun".

Redakteur: A. Levin.
Verlag: Siegfried Cronbach, Berlin W. 57.
Telephon:
Redaktion VII, 4236. * Expedition VI, 796.

Treu und frei!

Bezugspreis vierteljährlich:
Deutschland u. Oesterreich-Ungarn Mk. 2,00,
alle andern Länder Mk. 2,50.
Post-Zeitungsliste Nr. 108.

Die „Wochenschrift" erscheint an jedem Freitag mindestens 20 Seiten (2½ Bogen), der „Jeschurun" Mitte und Ende jeden Monats mindestens 4 Seiten (½ Bogen) stark. Zu beziehen durch die Post (Zeitungsliste pro 1896 Nr. 108) oder unsere Expedition.

Inhalt:

Die Juden in Rußland.

Jüngst hat sich der bekannte russische Publizist Günzburg der mühseligen Aufgabe unterzogen, sämtliche unter Alexander II. über die Juden eingeholten Gutachten aus dem Dunkel der Archive hervorzuholen und sie der Oeffentlichkeit zu übergeben. Noch nie waren offizielle Aktenstücke mehr geeignet, die Grundlosigkeit der gegen die russischen Juden erhobenen Anschuldigungen darzulegen, als die von Günzburg publizierten. Was aber den Wert der neuesten Publikation besonders erhöht, ist die Thatsache, daß sämtliche Gutachten die Gleichberechtigung der Juden mit der einheimischen Bevölkerung fordern, um „den Staat mächtig, reich und zivilisiert" zu machen. Die uns vorliegenden Aktenstücke sind auch für jene westlichen Staaten lehrreich, in welchen berufsmäßige Hetzer die Emanzipation der Juden für die Quelle aller Uebel erklären.

In erster Reihe ist das Gutachten zu verzeichnen, welches Fürst N. Orlow, der Chef der Staatspolizei unter Alexander II. und später russischer Botschafter in Berlin und Paris, abgegeben hat. Dasselbe lautet: „Es wird gefragt, ob man die gesamten russischen Juden unter den gegen sie geschaffenen Ausnahmegesetzen belassen oder ihnen alle Rechte einräumen soll. Uns scheint es, daß diese Frage nur eine Lösung haben kann: Man muß den Juden gleiche Rechte mit der orthodoxen Bevölkerung einräumen. Man muß ausländischen Juden gestatten, ungehindert nach Rußland reisen und überall wohnen zu können. Man muß allen Juden das Recht einräumen, im ganzen Reiche ungehindert Handelshäuser und Bankinstitute zu errichten. Dadurch wird die russische Industrie einen ungeahnten Aufschwung nehmen. Die fruchtbringende Thätigkeit der Juden wird in Rußland ein weites Feld finden, und das Reich wird daraus nur Nutzen ziehen." Es wäre ein Irrtum, wenn man annehmen wollte, daß die vom Fürsten Orlow vorgeschlagene Lösung der Judenfrage nur die persönliche Ansicht des russischen Staatsmannes war. In einer diesem Gutachten beigegebenen Denkschrift befinden sich viele Urteile von Behörden und offiziellen Körperschaften, die einstimmig dahin lauten, daß die Juden durch erprobten Patriotismus und ehrlichen Gewerbefleiß dem Staate großen Nutzen bringen und daher der Gleichstellung vor dem Gesetze vollkommen würdig sind.

Während aber das Gutachten des Fürsten Orlow die Emanzipation der Juden blos in allgemeinen Worten fordert, bietet das Gutachten des damaligen Chefs im Südwestgebiete, Grafen Kosakowskij, erhöhtes Interesse durch die Details, mit welchen er die Notwendigkeit dieser Emanzipation begründet. Kosakowskij schreibt:

„Wenn man das Leben unserer Juden genau betrachtet, so findet man, daß die gegen dieselben erlassenen Ausnahmegesetze ihnen alle ehrlichen Erwerbszweige abschneiden. Die Beschränkung des Wohnrechtes der Juden war eines der größten Uebel. Wenn man jedoch den Juden gleiche Rechte mit der orthodoxen Bevölkerung verleihen wird, so werden daraus dem Staate, den orthodoxen Einwohnern im Zentralgouvernement und dem Südwestgebiete sehr große Vorteile erwachsen. Der Staat wird in den Juden ehrliche Unternehmer finden, die alle Lieferungen und Bestellungen gut, billig und vorteilhaft ausführen können, während jetzt durch die Ausnahmestellung der Juden die orthodoxen Unternehmer ihre günstige Lage dazu benützen, um den Staatsschatz auszubeuten; nur durch die ehrliche Konkurrenz der Juden könnte dieser Ausbeutung ein Ende bereitet werden. Die orthodoxe Bevölkerung in den Zentralgouvernements wird durch die Emanzipation der Juden gewinnen, denn sie wird ihre Produkte teurer absetzen und ihren Bedarf an Lebensmitteln und anderen Sachen billiger erwerben können; ferner werden gute

Arbeiten ehrlicher, billiger und prompter jüdischer Handwerker der orthodoxen Bevölkerung große Vorteile sichern. Die christliche Bevölkerung des Südwestgebietes endlich wird aus der Emanzipation der Juden deshalb Vorteile ziehen, weil sie in ihren Wohnorten nicht durch arme Juden beengt werden wird, welche die Regierung der redlichen Mittel zum Lebensunterhalt beraubt. In unserer Forderung nach Emanzipation der Juden bestärken uns die Wissenschaft und die Erfahrung der europäischen Staaten. Die Geschichte Spaniens, Portugals, Frankreichs, Englands, Deutschlands und Hollands beweist zur Genüge, welchen Schaden die Beschränkung der Rechte der Juden anrichtete und welcher Nutzen das Ergebnis der Emanzipation der Juden war. Holland hat zuerst die Gleichberechtigung der Juden proklamiert und die Judenbedrückung, diese Schmach des Mittelalters beseitigt, die Juden haben sich dort durch Vervollkommnung der Wissenschaften und der Künste, durch Hebung von Handel und Industrie und durch Vermehrung des Volkswohlstandes dankbar erwiesen. Und so sehen wir denn, daß Wissenschaft und Erfahrung, Interessen der Regierung, des Reiches und der orthodoxen Bevölkerung laut die Emanzipation der Juden fordern."

In gleicher Weise trat Graf Stroganow, der damalige Generalgouverneur des Noworossijsk-Gebietes, in seinem Gutachten für die Emanzipation der Juden ein. So beschaffen sind also die Aktenstücke, welche die Judenfeinde in Rußland als „Kundgebungen gegen die russischen Unterthanen mosaischer Konfession" hinstellen wollten. Eine größere Entstellung der Wahrheit kann man sich kaum vorstellen. Die aus halbvergangener Zeit herrührenden Aktenstücke enthalten durchgehends beredte Stimmen für die Rechtsgleichheit der Juden.

Jüdischer Antisemitismus.

Sie klingt wohl sehr paradox diese Ueberschrift, und sie mag bei manchem Leser ein ungläubig-spöttisches Lächeln hervorrufen; „Jüdischer Antisemitismus"! Ist es nicht ein Widerspruch in sich? Eigentlich ja; und doch wieder nicht, wenn wir näher zusehen, was das gewählte Schlagwort sagen will, nämlich: es existiert dasjenige, was wir mit „Antisemitismus" bezeichnen, auch bei Juden. Eine auffallende, merkwürdige Thatsache; dem Psychologen hochinteressant und leicht erklärlich. Freilich hört man in der Oeffentlichkeit fast nie etwas davon; den Mut hat selten einer, die nackte Wahrheit zu sagen: „Auch ich, der Jude, bin Judenhasser, stehe auf dem gleichen Standpunkt wie die Antisemiten; ja ich gehe in manchen Dingen noch weiter als diese!" Nur im vertrauten Gespräche mit Gleich- oder Aehnlichgesinnten werden solche Worte laut, und gerade in den Kreisen der wirklich gebildeten Juden sind diese Ideen verbreitet, und leider in ausgedehnterem Maße als man denken sollte.

Warum? Wieso? Je nun, in den folgenden Zeilen soll versucht werden, eine erklärende Antwort zu geben. Zweck und Absicht dieser Zeilen ist es nicht, diesen eigentümlichen Zug unserer Zeit genau zu analysieren; nur das Hauptsächlichste soll beleuchtet, eine Erklärung desselben versucht werden.

Am 3. Juli 1869 wurde vom Gesetzgeber des Norddeutschen Bundes die Gleichberechtigung aller Konfessionen verkündet und dieselbe bei Begründung des deutschen Reiches dann auf dessen ganzes Gebiet ausgedehnt; vor allem kam sie uns Juden zu Gute. Wir waren nun endlich auch vor dem Gesetze denen gleich, mit welchen wir schon Jahrhunderte lang ein Land bewohnten, dessen Schicksal wir mit ihnen in Freud und Leid teilten; erst dadurch wurden wir in Wirklichkeit deutsche Staatsbürger. Als so die rechtlichen Schranken gefallen waren, die das Mittelalter für uns aufgerichtet, der alte Bann von uns genommen war — mit welcher Begeisterung suchten da die besten der deutschen Juden ihr Bestes dankbar dem Vaterlande zu weihen! Sie gingen darin auf, seinen Interessen allenthalben zu dienen, immer tiefer nahmen sie deutsche Kultur in sich auf, verarbeiteten sie, machten mehr noch als zuvor deutsche Bildung sich zu eigen.

Die lange Unterdrückten und Verachteten waren „gleichberechtigt"; allein wie mancher Jude mag damals in bitterer Erinnerung an vergangene Zeiten geseufzt haben: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube". Die Jahrhunderte lange Knechtschaft hatte einen großen Teil der Juden der nötigen geistigen und körperlichen Elastizität beraubt, um alsbald ein neues Leben beginnen, und ihre Kinder sofort im Geiste der neuen Zeit erziehen zu können; sie behielten ihre alte, einstens ihnen aufgezwungene und nun gewohnte Lebensführung bei. — Sind wir Juden doch auch nur Menschen!

Die siebziger Jahre brachten für kurze Weile einen rapiden wirtschaftlichen Aufschwung, dem eine noch heute andauernde Periode des wirtschaftlichen Niederganges folgte. Dafür, und noch für manches andere Unangenehme, das die Zeitläufte brachten, mußte ein Sündenbock gesucht werden; er fand sich in den Juden. Denn die Hoffnungen, die man auf ihre „Emanzipation" gesetzt, sie fanden sich ja nach kaum 10 Jahren noch nicht verwirklicht; die Wunden, die mehr denn ein Jahrtausend geschlagen, sie wollten in einem Jahrzehnt nicht heilen, und weil mancher Jude die kaum gewonnene Freiheit nicht recht zu benutzen verstand, weil die Juden, denen von der Gesetzgebung einer früheren Zeit der Handel als ausschließliche Domäne zur Gewinnung ihres Lebensunterhaltes zugewiesen worden war, gemäß ihrer großen Sparsamkeit nun über Geldmittel verfügten, die so die wirtschaftliche Lage anfangs der siebziger Jahre nützen konnten und auch durch Fleiß und Vorsicht das Gewonnene zu erhalten und zu vermehren verstanden, als die Verhältnisse allgemein ungünstige wurden — deshalb kommt alles Unglück unserer Zeit von ihnen her. Ha! Wahrlich, eine zwingende Logik für jeden „Denkenden" (und die Deutschen sind ja das „Volk der Denker"), sofort einleuchtend in einer Zeit der größten sozialen Gegensätze, wo auf allen Gebieten das Alte in Trümmer zu sinken beginnt, wo man jedoch das, was an seine Stelle treten soll, noch nicht klar erkannt, in einer Zeit des „Versuchens", sich und seinem Nachbar aber von der gewaltigen Entwicklung der Dinge, von der Erleuchtung der Geister von heutzutage vorfaselt, und mächtig darauf stolz ist. Und doch . . . . . . Brechen wir hier lieber ab!

Wie bequem waren da die Juden; alle Schuld konnte man ihnen wieder aufbürden; seit Jahrhunderten waren sie ja daran gewöhnt, und dann, sie sind ja auch so geduldig! — — — —

Der Antisemitismus ist eigentlich nur der Rückschlag gegen das rasche Ueberhandnehmen des Kapitalismus in unserer Zeit, der sich im Judentum besonders verkörpern soll. Dies ist sein Ausgangspunkt, der von seinen Vätern vielleicht nicht klar erkannt, aber doch geahnt worden ist. Die antisemitische Bewegung ging aber weiter, und heute ist nichts ungeheuerlich, nichts sinnlos genug, was gegen die Juden vorgebracht wird, das in den verhetzten Massen nicht gern und kritiklos Glauben findet.

Es ist dies alles ja bekannt und schon öfters gesagt worden, aber es mußte hier erwähnt werden, um eine Grundlage für unsere späteren Ausführungen zu gewinnen. Die Juden werden dafür verantwortlich gemacht, was ein Jude gethan oder unterlassen hat; alle Beschuldigungen, die im Einzelfalle wohl berechtigt sind, ergehen gegen die Juden: alles wird aus Tücke oder Unvernunft in einen Topf geworfen. Verblüfft standen anfangs die Juden da unter den Keulenschlägen, die ein blindes Vorurteil hageldicht auf sie herniedersausen ließ; aber als die Feindschaft immer mehr wuchs, als immer heftigere Angriffe auf die Juden erfolgten, da begannen — naturgemäß — die geistig vorgeschrittenen unter ihnen nach deren Gründen zu forschen, und je mehr man nun die Vorwürfe der Antisemiten objektiv prüfte, zeigte es sich, daß gar mancher derselben berechtigt war. Hand in Hand mit dieser Wahrnehmung ging das Bestreben, die gerügten Fehler abzulegen, dies gelang denen, die sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen, auch infolge ihrer größeren Bildung ziemlich leicht; aber der große Haufen der Juden, und besonders die auf dem Lande wohnenden, denen höhere geistige Interessen fehlten, sie schimpften nur auf die bösen Antisemiten und fanden alle die erhobenen Anklagen vollständig unwahr und ungerecht — den wahren Kern in den ungeheuerlichen Uebertreibungen erkannten und erkennen sie leider nicht; — sie sahen die ganze Bewegung als eine von Gott geschickte Plage an, die man geduldig ertragen müsse und die schon wieder verschwinden werde, und lebten daher im alten Schlendrian ruhig weiter.

Wir harren noch des Dichters, der uns mit lebendiger Kraft die Gefühle schildert, welche die antisemitische Bewegung gerade in den Herzen der Juden weckte, deren Herz und Geist fest in dem Boden des Landes wurzeln, in dem sie aufgewachsen, dessen Kunst und Litteratur sie mit ihren für alles Gute und Schöne so empfänglichen Herzen tief in sich aufgenommen haben, die alles, was zu des Vaterlandes Wohl beiträgt, fördern möchten, — oh, sie litten und leiden furchtbar durch den Antisemitismus. Mit Hohn und herben Worten sehen sie sich mitleidslos überall zurückgestoßen, nur weil sie Juden sind; jedes hehre Gefühl, jeden hohen Gedanken spricht man ihnen um des willen ab, weil manch' einer, der auch „Jude“ genannt wird, unschöne Charaktereigenschaften zeigt. Wahrlich tragisch ist dieser schier verzweifelte Kampf, den der tief und edel empfindende Jude immer und immer wieder um Anerkennung seiner Menschenwürde und Menschenrechte führen muß, während die Masse des jüdischen Pöbels die antisemitische Bewegung meist nur materiell verspürt, da sie das schwere Brotverdienen nur noch schwerer macht.

Erbitterung und Verzweifelung erfaßte sie, die geistig-vornehmen Juden. Sie billigten ja keineswegs die Sünden, die ein Teil ihrer Glaubensgenossen beging, wegen denen sie so viel zu leiden hatten und das Judentum als solches so viele Anfechtungen erdulden mußte. Es entwickelte sich daher allmählich gegen alle, die jene viel getadelten, sogenannten semitischen Stammfehler zeigten, ein erbitterter Haß, der um so heftiger meist emporflammte, je besser der Betreffende es mit dem Teile der deutschen Staatsbürger, die jüdischen Glaubens sind, meinte, gerade weil die Gesamtheit dieser durch das Verschulden einiger weniger, minderwertiger Gesellen in so furchtbarer Weise angegriffen und bekämpft wurde.

So entstand im Judentum eine tiefgehende Spaltung, die immer mehr sich erweitert, da das eigentlich Verbindende: der gemeinsame Glaube, dem weitaus größten Teile der gebildeten Juden im Laufe der Zeit ganz abhanden gekommen ist; sie scheinen nur noch „Juden“ zu sein. Denn in ihren Kreisen hat der Atheismus infolge des mangelhaften Religionsunterrichtes am raschesten Boden gewonnen.

Ha! wie zürnen sie diesen „Juden“, wie verachten sie dieselben! Aber doch hält ein pietätvolles Mitleid mit denen, die vom gleichen wilden Haß zu leiden haben, sie vom letzten Schritt zurück: dem Austritt aus der israelitischen Religionsgemeinde, und wäre nicht der gemeinsame Feind, der alles, was auch nur im entferntesten semitische Abkunft vermuten läßt, bekämpft und zu vernichten bestrebt ist, dem gegenüber also gemeinsame Abwehr geboten erscheint, unaufhaltsam würde sich diese Trennung vollziehen.

Begreifen können wir so das Entstehen eines jüdischen Antisemitismus, ihn rechtfertigen können wir aber nicht. Wir müssen daher alle Kräfte daran setzen, dieser doch immerhin sehr traurigen Erscheinung den Nährboden zu entziehen; und das dazu wirksamste Mittel ist geistige und sittliche Hebung der Massen.

Wir müssen in den gebildeten Juden das Gefühl für die hohe Verantwortlichkeit wecken, die sie der niedrigststehenden Menge gegenüber haben, sie müssen aufgerüttelt werden aus ihrer trägen Gleichgiltigkeit, mit der sie den leider ja nur vereinzelt sich geltend machenden Bestrebungen zur geistigen und sittlichen Weiterbildung der Juden gegenüberstehen. Denn nur diese vermag dem Antisemitismus im allgemeinen und so auch dem geschilderten seine Grundlage zu entziehen. Religionsunterricht müssen wir vor allem, gleich unseren christlichen Mitbürgern, allenthalben einführen, besonders aber auf dem Lande, wo gerade diese Verhältnisse so entsetzlich im Argen liegen, daß eine sittliche Einwirkung auf die Jugend — doch der Hauptzweck des Religionsunterrichtes und wodurch fast allein eine Besserung der Lage erzielt werden kann, — unmöglich ist.

In immer weiteren Kreisen müssen wir der Anschauung den Weg zu bahnen versuchen, zu der sich, trotz Nietzsche, die besten unserer Zeitgenossen wieder durchgerungen: „daß die Erlösung aus dem Kerker des individuellen Seins die vornehmste Aufgabe jedes Menschen sein müsse“; wir müssen die Ueberzeugung wachrufen, daß es etwas edleres, höheres giebt, als für sich und die Seinen ein sturmgeschütztes Plätzchen zu erlangen, wo man sich geborgen und zufrieden fühlt und mit stolzer Verachtung erfüllt auf die armen Wanderer herabschaut, die den Weg zu der Höhe der geistigen und sittlichen Bildung,

auf der wir stehen, noch nicht finden konnten. Nein, liebreich dem irrenden Bruder die Hand zur Hilfe reichen, und geduldig versuchen ihm die rechte Straße zu weisen. Das ist es, was uns zukommt! Dr. L. W.

Die „Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums“.

Geehrter Herr Redakteur! In der letzten Nummer Ihrer geschätzten Zeitschrift bringen Sie eine Besprechung über den Jahresbericht der „Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums“ aus der Feder Ihres Mitarbeiters Herrn Dr. Bernfeld. Diese Besprechung hat bei vielen Ihrer Leser Erstaunen, ja einigermaßen auch Unwillen hervorgerufen. Herr Dr. Bernfeld, der sich in dieser Zeitschrift mit dem Versprechen eingeführt hat, schonungs- und rücksichtslos die Wahrheit zu sagen, der seit Monaten in diesem Blatte alle mit Hohn und Spott überschüttet, die zur Mäßigung und einer ruhigen Beurteilung der Dinge raten, hat sich nun mit einemmale selbst von einer milchfrommen Denkungsart gezeigt, die überall umsomehr Befremden erregen mußte, als diese Milde hier am allerwenigsten angebracht war. Die Lehranstalt giebt schon seit Jahren allen, die sie genauer kennen, ein großes Aergernis. Von vielen Seiten wird gesagt, es wäre endlich an der Zeit, die Zustände, die in jenem Institute herrschen, zu beleuchten; doch wollte sich niemand damit befassen, um nicht in ein Wespennest zu greifen. Und nun kommt Herr Dr. Bernfeld mit der ihm schlecht anstehenden Miene des Wohlwollens und der Freundlichkeit, um über alle Mängel der Anstalt liebevoll hinwegzukommen. Ich kann mir dies nicht anders erklären, als daß Dr. B., der, wie ich glaube, einige Zeit jenem Institut angehörte, sich ein gewisses Maß von Anhänglichkeit für die Lehranstalt gewahrt hat. Dies wäre gewiß sehr schön; aber das öffentliche Interesse erheischt die schonungslose Wahrheit und kein Diplomatisieren. Die Anstalt krankt an Haupt und Gliedern und mit den paar wohlwollenden Redewendungen Ihres Mitarbeiters läßt sich da wenig ausrichten.

Die Anstalt ist durch die Initiative des Dr. Geiger gegründet worden. Als er den Entschluß gefaßt, nach Berlin zu gehen, schrieb er ausdrücklich an Prof. Lazarus, er müsse darauf dringen, daß in Berlin eine Pflegestätte für die jüdische Wissenschaft geschaffen werde, wo nur die Wissenschaft gefördert und kein Pfaffentum kultiviert werden solle. Dies Ziel war durchaus löblich. Nun möge man zeigen, ob die Anstalt den Erwartungen entsprochen hat, die in sie gesetzt worden sind. Ich will jedoch nicht an Vergangenes erinnern. Aber wie sieht es jetzt dort aus?

Auch mir liegt der letzte Bericht vor, und ich entnehme demselben, daß Herr Prof. Dr. Steinthal wöchentlich *eine* Stunde Religionsphilosophie gelesen hat! Nicht wahr, ein ungeheures Quantum? Dazu ist Herr Prof. Steinthal schon seit Jahren leidend und selbst diese eine Stunde wird nicht innegehalten. Gewiß, wir alle verehren diesen verdienstvollen Gelehrten sehr; aber hier handelt es sich um eine heilige Sache, welche die Gesamtheit betrifft. Da Rücksicht zu üben, wäre geradezu ein Verbrechen. Was soll ein Jünger der Wissenschaft des Judentums von der jüdischen Religionsphilosophie wissen, die ihm in einer solchen homöopathischen Dosis verabreicht wird!

Ferner: Dr. Maybaum liest drei Stunden wöchentlich. Alle Achtung vor den oratorischen Leistungen dieses Herrn. Ich höre seine Predigten mit Vergnügen an, auch wenn er eine und dieselbe Predigt innerhalb eines Zeitraumes von kaum zwei Jahren drei Mal hält, wie neulich passiert ist. Aber Dr. Maybaum hat — das werden selbst seine treuesten Anhänger nicht in Abrede stellen — nicht die mindeste wissenschaftliche Bedeutung; er hat sich durch kein Werk, durch keinen wissenschaftlichen Vortrag auf diesem Gebiete hervorgethan; denn was er vor Jahren Wellhausen nachgeschrieben, nimmt doch kein Unterrichteter ernst, mit alleiniger Ausnahme vielleicht der Kuratoren der Lehranstalt. Was lernen nun die jungen Leute von diesem Herrn? Nichts!

Nun kommen die talmudischen Disziplinen. Talmud kursorisch ist mit drei Stunden wöchentlich auf dem Programm vertreten. Das ist der reine Hohn! Diese Methode hat nur dann Sinn, wenn es sich um gründliche Kenner des Talmuds handelt, die sich in dieses Studium vertiefen, nebenbei aber auch einige Stunden mit *Lektüre* im Talmud zubringen, um sich eine gewisse בקיאות (Belesenheit) anzueignen. Bei Hörern aber, die, mit Ausnahme der Ausländer, den Talmud nicht einmal buchstabieren können, ist diese Methode der reine Unsinn. Bleiben nunmehr vier Stunden Talmud statarisch und drei Stunden wöchentlich Dezisoren. Das heißt vom Talmud täglich einen Eßlöffel voll einnehmen. Der eigentliche Dozent, der ernst zu nehmen wäre, könnte somit nur Dr. Schreiner sein. Aber dies hätte nur dann einen Sinn, wenn sonst alles ineinander passen würde. So aber ist auch dieser Lehrer auf der Anstalt nicht an seinem Platze. Die Hörer kommen sehr selten und nur in verschwindend geringer Zahl zu den Vorlesungen. Es gehen aus ihr Rabbiner hervor, welche, mit geringer Ausnahme, selbst in unserem Zeitalter durch ihre Unkenntnis Kopfschütteln erregen.

Endlich: Herr Dr. Bernfeld hat die wissenschaftliche Abhandlung des Herrn Prof. Steinthal so sehr gelobt. Nur hat er vergessen anzugeben, wo in jener Abhandlung, die eine Zierde einer jeden allgemein wissenschaftlichen Zeitschrift wäre, auch nur ein Wort von der jüdischen Wissenschaft zu finden sei. Diese Abhandlung erinnert an die Vorträge, die im verflossenen Winter zu gunsten der „Lehranstalt“ gehalten wurden. In einer Beziehung zum Judentum standen nur die Redner, nicht aber die Reden. Herrn Dr. Bernfeld möchte ich darum bitten, sein Wohlwollen würdigeren Gegenständen zu widmen und sich nicht mit einem Mundspitzen zu begnügen, wo ein schriller Pfiff am Platze wäre. * * *

Kultus-Umlagen in Elsaß-Lothringen.

Die „Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht“ befürwortet in einer längeren Abhandlung[1]) die Einführung *landeskirchlicher Umlagen in Elsaß-Lothringen.* Nach dem Vorbilde der badischen Gesetzgebung soll den staatlich anerkannten

[1]) Sonderabdrücke sind von Schmidts Universitätsbuchhandlung in Straßburg gegen 50 Pf. portofrei zu beziehen.

Kirchen- und Religionsverbänden zu bestimmten Zwecken das Recht der Selbstbesteuerung verliehen werden.

Der Vorschlag geht von dem Oberkonsistorium Augsburger Bekenntnisses aus, bezieht sich aber nicht nur auf den protestantischen, sondern auch auf den katholischen und israelitischen Kultus. Die Verhältnisse, an die er anknüpft, dürften auch für weitere Kreise des deutschen Judentums nicht ohne Interesse sein.

In Elsaß-Lothringen gilt im wesentlichen noch die französische Kultus-Gesetzgebung.[1]) Nachdem bereits am 24. Dezember 1789 und 27. September 1791 die französische Nationalversammlung alle aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten **Beschränkungen** der staatsbürgerlichen Rechte aufgehoben hatte (was in Deutschland erst die norddeutschen Bundesgesetze vom 1. November 1867 und 3. Juli 1869 nachholten, die dann 1871 in Süddeutschland eingeführt wurden) verlieh das französische Gesetz vom 8. Februar 1831 dem israelitischen Kultus **alle Vorrechte** der katholischen und protestantischen Kirchen. Ein gleich günstiger Rechtszustand ist dem Judentum in keinem andern europäischen Lande gewährt worden; selbst die belgische Konstitution vom 25. Februar 1831, die irgendwelche Vorrechte einzelner Religionsgesellschaften ausschließt, enthält keine so weitgehende **positive** Anerkennung des israelitischen Kultus. Die Israeliten Elsaß-Lothringens, die sich allein im Deutschen Reiche solcher vollkommenster Gleichachtung ihres Religionsverbandes erfreuen, haben allen Grund, der Reichsregierung dafür zu danken, daß dieses „Ausnahmegesetz" nach der Annexion unangetastet geblieben ist.

Nach bestehendem Rechte kann in Elsaß-Lothringen niemand zur Zahlung von Kultussteuern zwangsweise angehalten werden. Die Besoldung der Oberrabiner, Rabbiner und Vorsänger bezahlt der Staat, der auch zu Synagogenbauten Zuschüsse leistet. Die **bürgerlichen Gemeinden** tragen die Kosten der Gebäude und des Gottesdienstes, soweit hierzu die eigenen Einnahmen der Kultusgemeinden aus Stuhlgeldern, Beerdigungsgebühren u. s. w., sowie die freiwilligen Beiträge der Religionsgenossen nicht ausreichen; sie müssen den Israeliten eine besondere Abteilung im Gemeindefriedhof vorbehalten und ihnen eine eigene Elementarklasse in der Gemeindeschule einräumen.

Von keiner Seite wird nun daran gedacht, die Kultuslasten etwa dem Staat ganz abzunehmen und den Bekenntnisangehörigen aufzuerlegen. Der eingangs erwähnte Vorschlag geht vielmehr davon aus, daß die Landeskasse auch fernerhin **allen Bekenntnissen die bisherigen Reichnisse** auszahlen solle; nur für **weitergehende** Ansprüche, insbesondere Gehaltserhöhung der Geistlichen und Kultusbeamten, Zuschüsse zu Ruhegehältern, zur Witwen- und Waisenversorgung, Unterstützung der Anstalten zur Vorbereitung und Ausbildung von Geistlichen, ausnahmsweise auch zur Errichtung von Gotteshäusern, denen der Staat bei der jetzigen Finanzlage nicht genügen kann, soll **auf Antrag der obersten Kultusvertretungen** die Erhebung von Kultusumlagen als **Zuschläge zu den Staatssteuern gestattet** werden.

[1]) Vgl. darüber das treffliche Werk von Geigel: „Französisches und reichsländisches Staatskirchenrecht."

Ein dringendes Bedürfnis nach dieser Neuerung ist bisher nur für den protestantischen Kultus hervorgetreten; Katholiken und Israeliten werden voraussichtlich in der allernächsten Zeit von einer solchen Besteuerungsbefugnis noch keinen Gebrauch machen. Auf die Dauer kann aber auch der israelitische Kultus der Umlagen nicht entbehren. Seine Einrichtungen sind in mehr als einer Hinsicht zurückgeblieben, und wenn das religiöse Leben nicht darunter leiden soll, so bedarf es der Aufbringung erheblicherer materieller Mittel als sie der Staat für Kultuszwecke zu leisten vermag — oder doch leisten will.

Der Vorschlag kann daher im jüdischen Interesse nur befürwortet werden, und auch gegen die Einzelheiten der geplanten Durchführung läßt sich wenig einwenden. Allerdings ist die Ausbildung des Steuersystems in Elsaß-Lothringen, wo eine allgemeine Einkommensteuer und selbst eine Kapitalsrentensteuer noch fehlt, keineswegs eine so vollkommene, daß die Anlehnung der Kultusumlagen an die Staatssteuern besonders wünschenswert erscheinen könnte. Die selbständige Einschätzung der Umlagepflichtigen in Klassen — entsprechend der bewährten Einrichtung in der bayerischen Rheinpfalz — wäre an sich entschieden vorzuziehen, und die Zahl der Israeliten ist in keiner Gemeinde so groß, daß es den Organen der Kultusverwaltung schwer fallen könnte, die Leistungsfähigkeit der Gemeindeglieder richtig zu beurteilen. Auch viele kleinere protestantische Gemeinden dürften in ähnlicher Lage sein. Es empfiehlt sich daher, den Religionsverbänden die Möglichkeit offen zu halten, ihre Kultusumlagen **innerhalb der Einzelgemeinden**, soweit diese es wünschen, statt nach Steuerzuschlägen durch selbständige Einschätzung zu bemessen. Wieviel diese Kultusgemeinden für **allgemeine Zwecke** (z. B. zum Gehalt des Oberrabbiners ꝛc.) aufzubringen haben, könnte immerhin nach Maßgabe ihrer gesamten Staatssteuerleistungen bestimmt werden, sofern eine anderweitige Festsetzung auf Schwierigkeiten stoßen sollte. Dr. B. E.

Wochen-Chronik.

Berlin, den 27. Mai.

— **Nepotismus in Berlin.** Noch eine Beschwerde **an** die Berliner Gemeideverwaltung **über** die Berliner Gemeindeverwaltung. Wir geben die Zuschrift, wie sie uns zugeht, und erwarten keine Antwort, sondern Abhilfe. Die Beschwerdeschrift lautet:

In Nr. 17 Ihres geschätzten Blattes brachten Sie einen an die Adresse der Repräsentanz der hiesigen Gemeinde gerichteten Artikel, welcher die Anstellungs-, Besoldungs- und Pensionsverhältnisse der Bureaubeamten behandelt. Es möge mir gestattet sein, auf einen andern Uebelstand in der Gemeindeverwaltung hinzuweisen, auf den aufmerksam zu machen schon längst die Pflicht Berufenerer gewesen wäre. Selten oder fast gar nicht findet man, daß seitens des Gemeindevorstandes Bureaubeamtenstellungen öffentlich ausgeschrieben werden, und dennoch sind, wie mir zuverlässig versichert wird, gerade in den letzten Jahren eine ganze Anzahl gut dotierter Stellen in den Bureaus der Gemeinde besetzt worden. Wenn eine Verwaltung Beamte gebraucht, so hat sie meines Erachtens auch

das Amt befähigt glaubt, Gelegenheit zur Bewerbung finde und damit man andererseits von den Befähigten die Befähigtesten heraussuchen könne.

Wenn man aber gegen ein Uebel ankämpfen will, muß man dem Grunde desselben nachforschen. Das habe ich gethan, und nun will ich zu Nutz und Frommen aller, die über das „Warum" im unklaren sein sollten, meine Meinung hier preisgeben. Ich erinnere mich, daß schon früher einmal in diesem Blatte darauf hingewiesen wurde, daß ein und dieselbe Person in der Gemeindeverwaltung zum Schaden derselben oft mit vier, fünf und noch mehr Ehrenämtern bedacht ist. An die Rockschöße derer, die mit einer solchen Fülle von Aemtern behaftet sind, hängen sich nun alle die Stellenjäger, welche den Weg über die Hintertreppe für den bequemeren halten, weil er, wie die Thatsachen leider lehren, viel erfolgreicher als der der offenen Bewerbung ist, und diese Vorsichtigen werden, je nach der Anzahl der Vettern, die sie in der Verwaltung haben, in die Stellen hineingeschoben — häufig ohne jede Befähigung und nur weil man die Hintertreppenbewerber aus dem einen oder andern Grunde gewissermaßen für zivilversorgungsberechtigt hält und ihnen eine Sinekure schaffen will! Durch ein solches Verfahren, das, möchte ich beinahe sagen, geradezu an der Tagesordnung ist — denn man ist sogar wiederholt so weit gegangen, von außerhalb Beamte zu importieren, die „zufällig" in der Verwaltung Anhang hatten — wird der Gerechtigkeit ein Schlag ins Gesicht versetzt, wird jedem Billigkeitsgefühl Hohn gesprochen.

Mit diesem System muß unter allen Umständen gebrochen werden. Durch solches Vorgehen erzieht man nur einen von Servilismus triefenden, rückgratlosen Beamtenstand, der einem Verwaltungskörper, wie dem der Jüdischen Gemeinde von Berlin, nicht zur Ehre gereicht. Darum fort mit dem Protektions-System, durch welches nur niedrige und widrige Schmeichler erzogen werden, deren Befähigungsnachweis allein in ihrer Rückgratlosigkeit liegt! Anochi.

— **Religions-Unterricht in Berlin.** Man schreibt uns: In Nr. 20 der Allg. Z. d. Judent. wird die „erfreuliche Mitteilung" gemacht, daß an dem im Wilhelmsgymnasium „neu eingeführten Religions-Unterricht" 177 Schüler teilnehmen. Eigenartige Freuden hat dieses Blatt! In Nr. 16 hatte es selbst berichtet, daß das erwähnte Gymnasium 368 jüdische Schüler zähle. Wir fragen nun: Warum wenden sich die übrigen 191 jüdischen Schüler von dem Unterricht ab, obgleich er noch den Reiz der Neuheit hat? — Hätten die 177 Schüler jemals etwas vom Judentum erfahren, wären die „liberalen" Herren durch die „Dunkelmänner" nicht an ihre Pflicht gemahnt worden? — Werden die 177 Schüler befähigt sein, an einem jüdischen Gottesdienst teilzunehmen, dabei auch nur das Birkhath ha Thorah zu sprechen? — In Luckenwalde ist, wie in Nr. 19 S. 336a dieses Blattes berichtet wird, bereits an der höheren Töchterschule der jüdische Religions-Unterricht obligatorisch geworden, und wird jetzt mit der zuständigen Regierungsbehörde wegen Einführung obligatorischen Religions-Unterrichts auch am dortigen Realgymnasium verhandelt; wenn in Berlin die neugewählten Repräsentanten jüngst der übernommenen Pflicht eingedenk gewesen wären — hätten dann Westfalen seit langen Jahren bereits ohne Rabbiner ist. Da 191 jüdische Schüler einer Anstalt der religiösen Unterweisung ermangelt? Sind am Wilhelmsgymnasium auch 191 christliche Schüler vom Religions-Unterricht dispensiert? — Welche Schmach, welche Schande für uns Juden, wenn wir diese und andere Vergleiche anstellen, wenn wir hören, was sich jüdische Schüler sonst noch herausnehmen, weil — nun weil der jüdische Religions-Unterricht „ja nur fakultativ" ist. Hu.

— **Tout comme chez nous.** Aus Wien wird uns geschrieben: Eine Erscheinung der Gegenwart, die nicht unbeachtet bleiben darf noch kann, ist die, daß freisinnige Männer in den von ihnen geleiteten Blättern den Kampf für die Wiederbelebung des jüdischen Gedankens mit einer Schärfe und einer Ausdauer und einer Unerbittlichkeit führen, wie er von orthodoxer Seite niemals geführt worden. Zeugnis hierfür ist in Deutschland diese geschätzte Wochenschrift und hierzulande die hier in Wien erscheinende „Neuzeit". Das Blatt, das in der entschlafenen Reformperiode tonangebend gewesen und leitend aufgetreten ist, liest jetzt den Glaubensgenossen in Oesterreich im allgemeinen und in Wien insbesondere den Text genau nach der Tonart, auf die Ihre Wochenschrift abgestimmt ist. Hier ein Zitat aus der letzten Nummer als Beleg: „Wenn wir uns nicht offen eingestehen, daß es im Judentume an allen Enden und Ecken morsch und faul geworden ist, daß aus allen seinen Institutionen, gleichviel ob sie auf materieller oder geistiger Basis beruhen, Marasmus und Verwesung hervorlugt, daß die heranwachsende Jugend, die Hoffnung unserer Zukunft, mehr als mit halbem Fuße drüben steht, und daß das Judentum in heller Auflösung begriffen ist; wenn diejenigen, denen die Führung zufällt, oder sagen wir lieber, die sich, die stumpfe Indolenz der jüdischen Großen sowie der Massen zu Nutze machend, die Führung angemaßt haben, sich und anderen vor diesen Zuständen länger die Augen verschließen werden, dann werden wir gar bald die allertraurigsten Erfahrungen machen. Das Traurigste aber daran wird sein, daß wir unser Los verdient haben werden." — (Wir haben die Waffenbrüderschaft schon längst mit Vergnügen wahrgenommen und freuen uns, daß das Blatt, das unter dem Einfluß des Radauphilosemitismus in Wien sehr gelitten hatte, sich allmählich wieder zu erholen scheint. Red.) E. B.

— **Der westfälische Unfrieden.** Unsere Leser wissen, daß der westfälische Gemeindeverband bei Herrn Dr. Vogelstein in Stettin ein Gebetbuch nach Maß hat arbeiten lassen und den Versuch gemacht hat, dieses Buch allen Gemeinden Westfalens aufzuhalsen. Gegen dieses eigentümliche Verfahren lehnten sich etliche Gemeinden und viele Privatleute auf; jene wiesen das Buch zurück, und diese sind jetzt im Begriffe, etwas Praktisches zu leisten. Sie haben am 19. Januar in einer Versammlung zu Münster die Gründung eines „Vereins zur Wahrung der religiösen Interessen des Judentums in der Provinz Westfalen" beschlossen und die konstituierende Versammlung am 25. d. M. in Dortmund abgehalten. In dieser Versammlung ist die Anstellung eines orthodoxen Rabbiners beschlossen worden. In der Einladung heißt es, diesen Punkt der Tagesordnung betreffend: „Wie unendlich wichtig gerade dieses ist, geht daraus hervor, daß die gesamte ca. 150 Gemeinden umfassende Provinz die Pflicht, dies bekannt zu geben, damit jeder, der sich für

dieselbe somit kein religiöses Oberhaupt besitzt, hat der religiöse Verfall unter den Juden Westfalens derartige Dimensionen angenommen und herrscht in Bezug auf wichtige religiöse Institutionen eine Willkür, wie es wohl nirgendwo, in keiner anderen Provinz des Deutschen Reiches auch nur annähernd anzutreffen ist." — Bedauern wir auch aufrichtig diese wie jede andere Separation, so erscheint sie doch selbst dem Fernstehenden, selbst dem Gegner erklärlich. Seligmacherei mag ja eine angenehme Beschäftigung sein, die Seligmacherei wider Willen aber erregt Widerwillen und provoziert Widerspruch. Andererseits können wir einer Stimme aus jener Provinz nicht die Zustimmung versagen, die da meint: „Wir fürchten, daß ein streng orthodoxer Rabbiner in Westfalen nicht den geeigneten Wirkungskreis finden wird, er wird dort ziemlich isoliert dastehen und von der modernen Richtung vielleicht verfolgt werden, und das kann sicher der Sache des Judentums nichts nützen. Eher wäre die Anstellung eines gemäßigt-orthodoxen Rabbiners zu empfehlen, der, wenn er mit friedlichem Sinn und großer Begabung ausgestattet wäre, wohl die Aussicht hätte, allmählich die Parteien für sich zu gewinnen und eine segensreiche Wirksamkeit zu entfalten .... Ein jetzt entbrennender Kampf der Parteien würde uns erstens nach außen schaden und könnte auch unter Umständen zur Auflösung sehr vieler kleiner Gemeinden führen. Das Austrittsgesetz hat neben seinem Segen der Gewissensfreiheit auch schon viel Unheil angerichtet und viele kleine Gemeinden, deren Bestand schon heute bezüglich der gottesdienstlichen Einrichtung, der religiösen Erziehung und Aufbringung der materiellen Mittel gefährdet ist, würden dadurch in eine sehr traurige Lage gebracht werden." Und darum können auch wir den Führern der Opposition nicht dringend genug raten, in der Wahl ihrer Mittel vorsichtig zu sein und stets erst zu prüfen, was durchführbar und nützlich ist.

— **Die Juden in Tirol** machen selten von sich reden, man erfährt nichts von ihnen, nichts über sie. Darum wird unseren Lesern eine statistische Notiz über sie nicht uninteressant sein: Jüdische Einwohner in Tirol sind nur in den größeren Städten, und zwar sind in Innsbruck 40 jüdische Familien und ein Rabbiner ansässig, 15 Familien sind in Meran ansässig, wo aber während der Kursaison über 3000 Juden verkehren; es sind auch in Meran 4 jüdische Restaurants und die jüdische Stiftung von Baron Königswarter. In Bozen sind 12, in Trient nur 10 jüdische Familien ansässig; in Trient wohnen Juden erst seit 6—7 Jahren. Seit der Zeit der Beschuldigung der dortigen Juden (im Jahre 1475) wegen des Ritualmordes am Heiligen Simon war dort kein Jude ansässig. In dem Gäßchen des Heiligen Simon in Trient ist auf einem Hause eine Inschrift in deutscher und italienischer Sprache zu lesen, daß die Juden im Jahre 1475 in diesem Hause den Heiligen Simon ermordet haben. Dieses Haus soll die Synagoge gewesen sein, jetzt sind darin Privatwohnungen. Die sämtlichen Heiligen Sachen vom Tempel in Trient sind noch heute in Verona. Dagegen ist von einem jüdischen Friedhof aus jener Zeit keine Erinnerung haften geblieben, nur in Riva am Garda-See ist in dem Gebäude der Bezirkshauptmannschaft eine jüdische Mazêbhâh mit der Jahreszahl 1463 eingemauert. Trotz der geringen Zahl jüdischer Einwohner in Tirol, ist ganz Deutsch-Tirol antisemitisch. So hat z. B. die kleine Gemeinde Kaltern bei Bozen Dr. Lueger zum Ehrenbürger ernannt, und doch kommt nach Kaltern Jahre lang kein Jude, und es ist auch keiner dort ansässig. In der Weinbau-Schule zu San Michele sind 2 jüdische Studenten, welche von ihren deutschen Kameraden viel zu leiden haben; auch in Meran, wo alljährlich Juden so viel Geld zurücklassen, existiert ein klerikal-antisemitisches Blatt „Der Burggräfler", welches fortwährend Hetzartikel und erst in seiner letzten Nummer wieder die Blutlüge in neuer Auflage bringt.

— **Pobjedonoszew tritt zurück.** Eine sehr bedeutungsvolle Nachricht bringt der Draht aus Petersburg: Es verlaute dort mit Bestimmtheit, daß Pobjedonoszew, der Oberprokuror des Heiligen Synods, nach der Krönungsfeier zurücktreten werde; sein Nachfolger solle ein viel geringeres Maß von Selbständigkeit erhalten. — Pobjedonoszew, der „Scharfrichter von Rußland", war der allmächtige Mann unter Zar Alexander III., und auch jetzt noch galt sein Einfluß auf alle Verwaltungsgebiete für bedeutend. Die Kirchenpolitik Rußlands ruhte in seinen Händen und sein Werk war die Bedrängung der Katholiken und Lutheraner. Zar Alexander III. schenkte ihm unbedingtes Vertrauen und folgte Pobjedonoszews Rate, als er die bei der Thronbesteigung in Aussicht genommenen freiheitlichen Reformen alsbald verwarf und sich zum starren Absolutismus seiner Väter bekehrte. Die Verabschiedung dieses Mannes, in welchem das alte, orthodoxe Rußland wie in keinem anderen verkörpert ist, wäre in der That das Anzeichen einer anderen Zeit. Unverbürgte Meldungen verkündigen ja seit längerem, daß bei der Krönung einige fortschrittliche Reformen in Kraft gesetzt werden sollen. Wenn es auch verfrüht wäre, überspannte Erwartungen zu hegen, verdient doch die Bestätigung der jüngsten Nachricht mit besonderer Spannung erwartet zu werden.

— **Der Zar für Gewissensfreiheit.** Schon beim Regierungsantritte Nikolaus II. wurde mehrfach versichert, daß er die Verfolgung Andersgläubiger mißbillige. Gegenwärtig, in den Tagen der Moskauer Krönungsfeste, wird diese Versicherung erneuert. So erzählt der Petersburger Korrespondent der „Kölnischen Zeitung", der Zar hätte, als ihm jüngst eine Anzahl Bittschriften der unter der vorigen Regierung stark bedrückten Unierten in Polen vorgelegt wurde, geäußert, es sei wirklich an der Zeit, auch in Rußland an Gewissensfreiheit zu denken. Der Korrespondent will erfahren haben, daß sich selbst in den Anschauungen Pobjedonoszews eine Wandlung vollzogen hätte. — „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." (Siehe übrigens den vorstehenden Artikel.)

— **Germain Sée und Napoleon.** In Paris starb vor einigen Tagen der berühmte Dr. Germain Sée. Er war 78 Jahre alt und zählte zu den Größen der wissenschaftlichen Welt Frankreichs; einer der gründlichsten Kenner der medizinischen Litteratur Deutschlands, wurde er andererseits von den deutschen Aerzten sehr hoch geschätzt. Eine Reihe bedeutsamer Schriften, die noch heute in Frankreich für klassische Werke gelten, enthält ein reiches Resultat von Arbeiten und Erfahrungen Es wurde aber dem Dr. Sée nicht leicht, sich eine Stellung zu machen; man warf ihm vor, daß er seine

Stelle als Professor an der medizinischen Fakultät ausschließlich der kaiserlichen Gunst verdanke. In Wirklichkeit lernte ihn Napoleon erst vier Jahre nach seiner Ernennung kennen, einige Tage vor der Kriegserklärung an Preußen. Es war am 20. Juni 1870, als er, auf den dringenden Rat der Herzogin von Mouchy, zur Konsultation nach St. Cloud berufen wurde. Seit Jahren schon litt Napoleon schweigend und vermied es, die Aufmerksamkeit seiner Leibärzte auf sein Leiden zu lenken. Keiner hatte auch bis dahin den eigentlichen Sitz der Krankheit des Kaisers erkannt. Germain Sée gegenüber war der Kaiser merkwürdigerweise offen. Er gestand frei die Art seines Uebels, ließ sich untersuchen, und entschlossen zu erfahren, was ihm fehle, bat er seinen neuen Arzt, ein Konsilium zu berufen. Am 1. Juli, zeitlich früh, versammelten sich Nelaton, Ricord, Fauvel, Sée und Corvisart bei dem Dr. Conneau, welcher in den Tuillerien wohnte. Zum großen Erstaunen seiner Kollegen stellte Dr. Germain Sée vor diesen Koryphäen der Wissenschaft seine Diagnose dahin: „Meine Herren, der Kaiser hat die Steinkrankheit.“ Dann führte er seine Gründe an, und Ricord, sofort seiner Meinung, bemühte sich, die anderen zu überzeugen, welche hartnäckig die Achseln zuckten. Nelaton besonders schien unruhig und unentschlossen, so sehr, daß man sich entschloß, den Kaiser mittels der Sonde zu untersuchen, um Gewißheit zu erlangen. Ricord und Germain Sée wollten die Sache beenden und schlugen eine Konsultation für den zweitnächsten Tag vor; Nelaton indes sowie Fauvel und Corvisart erklärten, daß es dem Kaiser seit einigen Tagen besser gehe und beschlossen, da sie die Majorität hatten, daß die Untersuchung bis zum September verschoben werde. Germain Sée indes, um sich zu decken, redigierte das Protokoll der Aerzte-Sitzung, trug es am 3. Juli zur Unterschrift zu Dr. Conneau, bat ihn, es auch von den übrigen Aerzten signieren zu lassen und dann der Kaiserin vorzulegen. Dr. Conneau that dies aber nicht. Man behauptet, daß Nelaton, noch erschreckt durch den Mißerfolg der Lithotritie, die er ein Jahr vorher an den Marschall Niel versucht hatte, seine Unterschrift verweigert habe, in der Besorgnis, daß er mit der Operation an dem Kaiser betraut werden würde. Sicher ist, daß die Kaiserin nicht benachrichtigt wurde, daß auch die Minister nichts erfuhren und daß der Kaiser zehn Tage später Preußen den Krieg erklärte. „Die Enthüllung der wahren Diagnose“, so schreibt heute ein Anonymus im „Figaro“, „hätte vielleicht unser Unglück verhütet.“

— **Die Juden in Bagdad.** Ist die Gemeinde Bagdad die größte Asiens, so ist sie zugleich auch die mit lieblichen und schönen Töchtern reich gesegnetste, von denen die arabischen Dichter, wenn sich dieselben nur besingen ließen, sagen würden, „ihr Gesicht gleicht dem Vollmonde, dem der Abend- und Morgenstern zugleich als Augen dienen.“ Leider gehört die Mehrheit der Töchter dieser Gemeinde der ärmeren Klasse an, bei der die Frage der Mitgift fast immer ein schwer zu lösendes mathematisches Thema bildet. Zwar wird es dort schon als eine große Summe Geldes betrachtet, wenn man seiner Tochter hundert türkische Lire (gleich 2000 Mark ungefähr) mitgeben kann; aber in einem Lande, wo das Geld so knapp und auch so schwer aufzutreiben ist, wie in Mesopotamien, verursacht schon die Herbeischaffung dieser kleinen Summe großes Kopfzerbrechen und auch viel Schweiß. Sehr oft hört man daher eine zärtliche Mutter seufzen: Ach, wenn mir Gott nur das Glück gewähren wollte, meiner lieben Sarah oder Rebecka hundert Goldlire mitgeben zu können! In neuester Zeit jedoch hat Indien begonnen, seine Blicke auf die hübschen Töchter Bagdads zu werfen, und zwar sind es die Ben-Israel in Bombay, Cocin und anderen indischen Städten, welche mit Vorliebe Bagdader Judenmädchen als Gattinnen heimführen, die, da sie fast durchwegs von dunkelbrauner Gesichtsfarbe sind, sich schon glücklich fühlen, wenn weiße Mädchen sich herbeilassen, ihnen als Gattinnen zu folgen, so daß sie nach der Mitgift garnicht zu fragen wagen. Dieselben tragen ihre Frauen auf Händen, betrachten sie als ihren und ihres Hauses guten Engel und sind immer bestrebt, deren Wünschen nachzukommen. Von einer Ehescheidung bei einem Ben-Israel ist fast kein Gedanke; im Gegenteil, dieselben fühlen sich sogar noch überglücklich, da die Bigamie bei ihnen unter gewissen Bedingungen gestattet ist, wenn letztere es ihnen ermöglichen, nun auch eine Anverwandte der Gattin oder wenigstens eine Landsmännin derselben als zweite Frau heimführen können. Die Vermittelung der Ehen zwischen den Töchtern Bagdads und den Ben-Israel besorgen gewöhnlich die in den indischen Hafenstädten lebenden Bagdader Kaufleute, die es als eine große Mizwah betrachten, wenn sie eine Tochter ihrer Vaterstadt unter die Haube — Pardon! wollte sagen, unter das Sammetkäppchen, da es in Bagdad keine Hauben giebt, bringen können. Es ist sehr interessant zu sehen, wie der Ben-Israel, der gewöhnlich nur tamulisch spricht, und die Bagdaderin, die wieder nur arabisch spricht, sodaß sie sich garnicht verständigen können, bestrebt sind, durch Gesten und Mimen ihre Gedanken auszudrücken und sie ihrer Ehehälfte begreiflich zu machen. Merkwürdigerweise leben dieselben dennoch ganz harmonisch und einträchtig. Jeder von Bagdad nach Bombay abgehende englische Dampfer pflegt daher immer auch etwa ein Dutzend jüdischer Mädchen mitzunehmen, um sie nicht nur einem indischen Hafen, sondern zugleich auch in den glücklichen Hafen der Ehe zu bringen.

Feuilleton.

Das Martyrium der spanischen Juden.

Von Prof. Dr. H. Grätz.

III.

Die Beteiligung der Juden an der von Childerich hervorgerufenen Empörung unter Recceswinths Nachfolger Wamba (673), welche durch eine alte gute Quelle beurkundet ist, scheint daher mehr von den gequälten jüdischen Konvertiten als von eigentlichen Juden ausgegangen zu sein. Wahrscheinlich hatte ihnen der rebellische Graf von Nimes Freiheit des jüdischen Bekenntnisses verheißen. Die Empörung lief indes unglücklich ab, die aufständischen Scharen wurden zersprengt und die Juden aus der mit Spanien annektierten narbonensischen Provinz vertrieben. Trotzdem findet sich vor Wamba keine Maßregel gegen die jüdischen Neophyten. Erwig, dieser schlaue Grieche, der dem König Wamba im Schlafe die Krone geraubt, dessen Doppelzüngigkeit seinen byzantinischen

Ursprung verriet, mußte die Strenge gegen die Juden und jüdischen Abkömmlinge als Mittel betrachtet haben, um sich bei dem parlamentarischen Klerus beliebt zu machen und seine Usurpation, die durch seine nichtgothische Abstammung doppelt illegitim erschien, sanktionieren zu lassen. Auf dem zwölften toledanischen Konzil, das ihn als Thronerben anerkennen sollte, entflammte er in einer Art Thronrede die Mitglieder zur Annahme der härtesten Gesetze gegen jüdische Konvertiten (und zum Teil auch gegen Juden), als gelte es, die größte Gefahr von der Kirche abzuwenden. Mit jener, den entarteten Griechen von ihrer ehemaligen Herrlichkeit gebliebenen eigenen Zungenfertigkeit und erlogenem Pathos redete er die versammelten Bischöfe und Kirchenwürdenträger an. Erwig beabsichtigte eigentlich die gegen die jüdischen Konvertiten bestehenden Gesetze zu erleichtern, namentlich die schweren Strafen von Steinigung und Feuertod in mildere zu umwandeln und nicht sämtliche Vergehungen mit demselben Strafmaß ahnden zu lassen. Denn der Herr sprach im Gesetze: „Nach dem Maße der Sünde sei auch die Strafe! Und Gott will auch nicht den Tod des Sünders." Die Milderung bestand aber in Güterkonfiskation, Geißelhieben, Dislokation und Exil. Dieses Strafmaß setzte Erwig für sämtliche apostasierende Uebertretungen der jüdischen Neophyten mit Ausnahme der Beschneidung, für welche er auch das Nasenabschneiden hinzufügte, ein. Noch härter wurden die Erwigischen Gesetze dadurch, daß sie die getauften Juden unter die beständige Aufsicht der Geistlichen stellten und eine Art Paßwesen für sie einführten. Sie durften ohne das Visum eines Geistlichen mit dem Vermerk aufrichtigen katholischen Glaubens keine Reisen im Lande machen. Das Sklavengesetz der Juden verschärfte Erwig, daß es nicht einmal gestattet sei, ihre christlichen Sklaven freizulassen: „denn es sei unwürdig, daß diejenigen, welche mit der unflätigen Knechtschaft des Unglaubens behaftet sind, den Christen den Titel der Freiheit verleihen sollten."

Am 25. Januar 681 war das zwölfte toledanische Konzil geschlossen, und zwei Tage darauf wurden die Erwigischen Gesetze den Juden in der Kirche Sancta Maria zu Toledo vorgelesen und zur strengen Nachachtung eingeschärft. Obwohl in diesen Gesetzen auch eine Verfügung enthalten war, daß die noch nicht getauften Juden sich binnen Jahresfrist der Taufe unterwerfen müßten, wenn sie nicht den Strafen von hundert Geißelhieben, Stirnhautabschinden, Güterkonfiskation und Exil verfallen wollten, so wurde diese Verfügung doch nicht ausgeführt. Wohl wurden sämtliche Synagogen im westgothischen Spanien zerstört, aber ausgewiesen wurden die treu am Judentum Hangenden nicht, als wenn der westgothische Staat die Unentbehrlichkeit der Juden empfunden hätte. Julius von Toledo selbst, der Präsident der Synode, welche jenen Paragraph genehmigte, daß die noch nicht getauften Juden es binnen Jahresfrist zu vollziehen hätten, hatte eine intime Beziehung zu einem Juden Namens Restitutus, durch den er seinem Freunde Idalus, Bischof von Barcelona, sein Buch „Von der Vorkunde der Zukunft" (prognosticon futuri saeculi) zukommen ließ (687). Freilich wunderte sich Idalus anfangs nicht wenig darüber, wie der heilige Julius eine Schrift geistlichen Inhalts einem „ungläubigen und gottlosen Juden" anvertrauen und gewissermaßen „ein Tier zum Lichtträger" machen könnte. Julius schrieb zwar auch ein Buch gegen die Juden auf Geheiß des Königs Erwig, das aber den konvertierten Juden gegolten haben mochte und also weniger das Vorhandensein der Juden im westgothischen Spanien beweist, als eben dessen Verhältnis zu Restitutus. Da aber die Juden unter Erwigs Nachfolger wieder Gegenstand synodaler Gesetzgebung waren, so ist kein Zweifel, daß der Taufzwang nicht an ihnen vollzogen worden war.

Egica, Erwigs Nachfolger und geschworener Feind, obwohl sein Schwiegersohn, der dessen Arglist gegen Wamba an Erwigs Nachkommen rächen wollte, scheint geflissentlich von dem System der Strenge abgewichen zu sein. Dem vexatorischen Gesetze Erwigs gegen die jüdischen Neophyten setzte er anfangs ein freundliches, gewinnendes Zureden entgegen, um sie zum aufrichtigen Anschluß an das Christentum zu bewegen. Er gestattete ihnen sogar, christliche Sklaven zu besitzen, was ihnen nach der Erwigischen Gesetzgebung untersagt war. Indes scheint diese Milde ebensowenig als die frühere Strenge die jüdischen Konvertiten zu einer anderen Ueberzeugung gebracht zu haben. Es ist eine nicht genug zu beherzigende Thatsache, daß, obschon zwischen Sisebuts Taufzwang und dem drittletzten westgothischen König beinahe ein Jahrhundert lag, die Väter und Söhne, welche damals die Unbill erfuhren, bereits ausgestorben waren, ihre Enkel noch eben so eifrig am Judentume hingen wie ihre Vorfahren. Egica sah ein, daß er auf dem Wege der Milde allein nicht zum Ziele gelangen könnte, und schlug einen neuen Weg ein, die jüdischen Neophyten dem Christentum näher zu bringen. Er forderte die Väter des sechszehnten toledanischen Konzils auf, mit Eifer den Unglauben der Juden auszurotten, und legte ihnen teils ältere, teils neu erlassene Gesetze zur Bestätigung vor. Ein neues Egicanisches Gesetz enthielt die Beschränkung des Verkehres für Juden und judaisierende Konvertiten. Diese sollten keine Schifffahrt ins Ausland und kein Geschäft mit Christen betreiben dürfen. Nur diejenigen, welche mit aufrichtigem Herzen sich dem katholischen Glauben zuwenden würden, sollten nicht nur frei von dieser Beschränkung sein, sondern auch von jenen Leistungen und Lasten, zu welchen sie bis jetzt gehalten waren. Natürlich verfehlte die Synode nicht, die von Egica vorgeschlagenen Gesetze, sowohl die älteren als die neueren, zu sanktionieren (693), entschuldigte aber gewissermaßen ihre ewige und doch nutzlose Gesetzgeberei inbetreff der jüdischen Neophiten, ohne sich den wahren Grund ihrer Nutzlosigkeit einzugestehen. „Obwohl zahlreiche Gesetze der Väter zur Verdammung der Juden bereits vorhanden sind, muß dennoch, weil (wie der Prophet sagt) Judas Sünde mit eisernem Griffel in Diamantnägel eingegraben ist und die Juden in ihrer Blindheit verharren, die Mauer ihres Unglaubens vermittelst der Zerstörungswerke der Kirche umgestoßen werden, damit sie gegen ihren Willen gebessert oder gänzlich aufgerieben werden." Es gab also jetzt dreierlei Gesetzsammlungen für die westgothischen Bürger jüdischen Stammes: die ältere, welche Erwig modifiziert hat, die Erwigsche und endlich die Egicanische.

Auf Egicas Gesetze antworteten die Juden, getaufte und ungetaufte, mit einer Verschwörung. Von ihren glücklicheren afrikanischen Brüdern aufgestachelt, beabsichtigten sie mit Hilfe

der siegreich vordrängenden und nach dem schönen Spanien lüsternen Araber nichts anderes, als das westgothische Reich zu stürzen (ausu tyrannico inferre conati sunt ruinam patriae ac populo universo). So abenteuerlich auch diese verwegene Unternehmung der Juden klingt, so hätte sie doch gelingen können, da der westgothische Staat durch die Uneinigkeit der Großen, die Herrschsucht der Priester, das Ueberhandnehmen der Laster, welches die germanische Tapferkeit entnervt hatte, in Auflösung begriffen war und leicht die Beute eines kühnen und glücklichen Handstreiches hätte werden können. Die Verschwörung der Juden wurde aber verraten, und als Egica vollgiltige Beweise durch erpreßte Geständnisse davon in Händen hatte, legte er sie der Kirchenversammlung (der vorletzten toledanischen, November 694) vor und knüpfte daran einen Gesetzvorschlag, der einem Racheakte ähnlicher ist als einem besonnenen Gesetze und Unschuldige wie Schuldige traf. Die Väter des siebzehnten Konzils, nicht minder entrüstet über die Verwegenheit der Juden, welche nicht blos das Glaubensgewand, das die Mutter Kirche ihnen durch das Bad der Taufe angelegt, durch die Beobachtung ihrer Riten befleckt, sondern auch die Macht des Reiches durch Verschwörung an sich zu reißen gedacht, genehmigten Egicas Dekret. Dieses verfügte, daß sämtliche Juden Spaniens als Sklaven oder Leibeigene erklärt, an Herren verschenkt und durch das Land verteilt werden sollten, ohne daß es ihren Herren frei stände, sie zu emanzipieren. Die Kinder, von sieben Jahren an sollten ihren Eltern entrissen und frommen Christen zur Erziehung übergeben werden. Eine Ausnahme war nur gemacht zu gunsten der Juden, welche in den Engpässen der gallischen Provinz wohnten und als Grenzwächter vermöge ihrer Tapferkeit den Einfall der Feinde verhinderten. (Hebraei, qui Galliae provinciae intra clausuras habitatores exsistunt). Diese sollen nicht zur Sklaverei verdammt, aber jedenfalls zur Bekehrung gezwungen werden. Aber kaum ein Jahrzehnt blieb dieses ebenso unsinnige wie ungerechte Gesetz in Kraft. Egicas Sohn, Vitiza, hat es selbst aufgehoben und den Juden wieder doppelte Freiheit gegeben. Aber sie konnten die tausend Unbilden und Quälereien, die sie so lange erduldet, nicht vergessen. Gerade ein Jahrhundert, seitdem ihre Vorfahren von Sisebut zur Taufe gezwungen worden waren, erleichterten die Enkel den Arabern das Vordringen und die Siege im westgothischen Spanien (711). Sisebut hatte es nicht geahnt, daß er vermöge seiner Gewaltthat gegen die Juden den Untergang des westgothischen Reiches angebahnt hat.

Darum . . . .!

Von Saltikow-Schtschedrin.
(Schluß.)

(Nachdruck verboten.)

„Die Jugend ist immer die Jugend. Auch die ihrige weicht leicht vom guten Wege ab. Der Unterschied ist nur der, daß sie dazu zwei Schritte zu machen hat, während die unsrige nur einen zu machen braucht."

„Was verstehen Sie unter den zwei Schritten?

„Das ist ganz einfach, Herr Staatsanwalt. Um Sozialist oder Nihilist, wie Sie es nennen, zu werden, muß man zuerst aufhören Russe, Deutscher oder Pole zu sein; man muß sein Vaterland und sein Volk vergessen, man muß die weite Welt seiner Heimat vorziehen; die Interessen des fremden Arbeiters müssen ihm mehr am Herzen liegen als die seines Brotherrn. . . . Die Nation, das Vaterland sind nur leere Worte, Herr Staatsanwalt, ja, es sind Ketten und Fesseln."

Der Staatsanwalt zuckte die Achseln und sagte: „In unserm Jahrhundert, bei unserer Jugend!

„Ja, Herr, in unserm Jahrhundert, bei unserer Jugend."

„Sagen Sie mir nicht, daß unsre Jugend viel redet und nichts thut. . . Erinnern Sie sich, Herr Staatsanwalt an den letzten Krieg, wie diese Jugend sich geopfert hat, wie sie in der Türkei gefallen ist. Ist sie etwa während des deutsch-französischen Krieges nach Paris oder Berlin geeilt, um für Frankreich oder für Deutschland zu fallen. Nein, Herr Staatsanwalt, sie ist zu Hause geblieben. Nehmen wir ein Beispiel: Ich sehe da an Ihrer Uhrkette ein wertloses Berloque; es ist ein Stein, aber kein Edelstein, das sehe ich von hier; wenn meine Augen auch alt sind, so sehen sie doch noch scharf, besonders, wenn es sich um Edelsteine handelt. (Abraham stieß ein trockenes Lachen aus und fing an zu husten). Es ist ein unbedeutender Stein, der nicht viel wert ist und nicht besonders schön aussieht; seit ich Sie kenne, seit drei Jahren, tragen Sie den Stein. Wenn ich Ihnen nun anböte, ich wollte Ihnen den Stein zehnfach bezahlen, würden Sie ihn mir lassen?

„Nein, aber ich sehe nicht, welche Beziehung zwischen diesem Stein und den Worten „Vaterland und Volk" bestehen kann."

„Das will ich Ihnen sagen. Sie würden mir das Berloque nicht verkaufen, weil es ein Andenken ist, weil Sie sich seit fünf, sechs, zehn Jahren daran gewöhnt haben. . . . Das Vaterland, Herr Staatsanwalt, ist auch eine Gewohnheit, eine Gewohnheit, die von dem Tage der Geburt besteht; es ist eine Erinnerung, nicht nur Ihres eigenen Lebens, sondern Ihres Vaters, Ihres Großvaters, Ihres Urgroßvaters; alles knüpft sich daran: Ihr Verstand, Ihre Seele, Ihre Interessen. Und die Nation, Herr Staatsanwalt, was ist die Nation für jeden von uns? Das sind die Leute, deren Sprache wir von unserer Geburt, unserer Kindheit an, gehört haben, deren Sprache wir selbst reden, mit denen wir gelebt haben und deren Leben das unsrige geworden ist. Ihnen, Herr Staatsanwalt, haben nicht nur Ihr Vater und Ihre Mutter gesagt, daß Sie Ihr Vaterland und Ihre Nation lieben müßten; auch in der Schule hat man es Sie gelehrt, in Ihren Büchern war die Rede davon. Vergißt man etwa so etwas leicht? Eine Idee ist eine große Macht; aber auch einer Idee wird es schwer, über die Gewohnheit eines ganzes Lebens den Sieg davon zu tragen. Der erste Schritt, vom rechten Wege abzuweichen ist der, daß man seine Nation und sein Vaterland vergißt. Der Israelit, der von Ihrer christlichen Universität kommt, braucht diesen Schritt nicht zu thun, er hat ihn schon gethan. Er hat keine Nation. Wo ist seine Nation? Die Scharen armer zerlumpter Juden, die den ganzen Tag arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen? Pfui, er hat nichts gemein mit diesen Bettlern. Diese kleinen Kaufleute, diese kleinen Fabrikanten, diese kleinen Wucherer, welche Kopeke nach Kopeke sammeln, sind ihm nichts. Sie sind ihm

noch fremder, als die armen Juden der früheren Zeiten — denn für diese hatte er wenigstens Mitleid — aber die heutigen verachtet er, ja, er verabscheut ihre Bemühungen, Geld zu erwerben. Sie wissen eben so gut wie ich, daß die reich gewordenen Juden keinen anderen Gedanken haben, als ihren Ursprung vergessen zu machen. Und das Vaterland! Wo liegt das Vaterland des Israeliten? Er lebt in Rußland, in Deutschland, in Frankreich, aber er hat kein Vaterland, er ist heute hier, morgen da; er spricht eine andere Sprache, als die Leute, unter denen er lebt; er hat eine andere Religion, er hat nicht dieselben Erinnerungen, dieselben Vorfahren, dieselbe Geschichte; man betrachtet ihn als einen Fremden . . . . .

„Glauben Sie wirklich," fragte der Staatsanwalt, „daß man, um Ihre jungen Leute aus diesem Dilemma zu befreien, ein jüdisches Königreich in Palästina errichten müßte, wie man schon den Gedanken gehabt hat? Angenommen, alle Israeliten der Erde könnten durch ein Wunder dorthin transportiert werden, so glaube ich doch nicht, daß sie sich dort erhalten würden."

„Warum in Palästina? Ich habe keine Erziehung, aber ich habe beobachtet, daß ein und dasselbe nicht zweimal im Leben des Menschen geschieht, und ich glaube ebenso wenig, daß ein und dasselbe sich zweimal im Leben eines Volkes ereignet. Palästina ist unsere herrliche Vergangenheit, unser Ruhm . . . . aber heute ist Palästina nicht mehr für uns das gelobte Land . . . Allerdings ist bei Gott alles möglich, aber jetzt darf der Israelit nicht mehr in Palästina sein Vaterland suchen; sein Vaterland liegt ganz anderswo."

„Und wo liegt es?" fragte der Staatsanwalt.

„Hier," versetzte der Greis und zeigte mit der Hand auf den Erdboden, „hier, wo er lebt, in Rußland, in Deutschland, in England. Als die Israeliten zur Zeit der polnischen Insurrektion (Abraham hatte die letzten Worte ganz leise gesprochen, als wenn er dem Staatsanwalt ein Geheimnis mitteilte) mit den Polen Freundschaft geschlossen und sich den Namen „Polen mosaischer Konfession" beigelegt hatten, da haben die Russen gelacht; man hat sich über die Juden und die Polen lustig gemacht. Man hatte Unrecht, Herr Staatsanwalt. Als sie diesen Namen wählten, da handelten sie klug und weise. Glauben Sie mir, so lange unsere Kinder nicht Russen oder Deutsche „mosaischer Konfession" werden, so lange wird ein Abgrund zwischen Ihrer Jugend und der unserigen gähnen, so lange wird unsere Jugend ohne Vaterland, ohne Nation, ohne Religion dahin leben."

„Und was wollen Sie thun, um diese Zustände aus der Welt zu schaffen?"

„Ich, Herr Staatsanwalt? Ist es meine Aufgabe, über so wichtige Fragen zu entscheiden? Dafür sind die Minister, die Staatsräte, die Regierung da. An ihnen ist es, darüber zu entscheiden, dazu sind sie da."

Ein ironisches und ungläubiges Lächeln huschte über das runzlige Gesicht des alten Mannes, und er fuhr fort:

„Wenn sie aber keinen Entschluß fassen". . . . .

„Dann?" unterbrach der Staatsanwalt.

„Dann wird die Zeit entscheiden, die Zeit, der große, aber schreckliche Ordner aller Dinge." Abraham schwieg und neigte das Haupt. Der Staatsanwalt betrachtete ihn mit nachdenklicher Miene und trommelte leise auf den Tisch.

Die Uhr schlug sechs.

Der Greis zitterte, und mit dem Ausdruck eines Menschen, der plötzlich wieder zum Bewußtsein kommt, hob er schnell seine Mütze, die auf die Erde gefallen war, auf, trocknete den Schweiß von der Stirn und stand auf.

„Verzeihung, Herr Staatsanwalt, wenn ich etwas gesagt habe, das ich nicht hätte sagen sollen. Ich wollte wahrhaftig nicht. . . . ."

„Im Gegenteil, ich danke Ihnen, ich bin Ihnen aufrichtig dankbar für alles, was Sie mir gesagt haben. Adieu!"

„Und was meinen Sohn anbelangt," fragte der Greis, dessen Stimme wieder zu zittern anfing.

„Morgen um 11 Uhr; ich lasse Ihnen einen Erlaubnisschein ausstellen."

Abraham verneigte sich tief und wandte sich langsam der Thüre zu. Auf der Schwelle verbeugte er sich von neuem. Im Vorzimmer war nur noch ein Diener, der auf einem Stuhle schlief. Abraham zog seinen Pelz an, blieb einige Augenblicke an der Thür stehen, dann ging er hastig den Kopf schüttelnd und unverständliche Worte vor sich hinmurmelnd hinaus.

Im Zimmer des Staatsanwalts hörte man noch längere Zeit langsame und schwere Schritte.

Der Schutzdukaten.

Von R. E. Sch.

Der alte befestigte Grundbesitz Preußens hatte früher ganz wunderliche Rechte und Privilegien, und gar mancher Landjunker, der, ungern nur der jetzigen Zeitströmung folgend, nicht ohne Verdruß die alten Feudalrechte zu Grabe tragen sah, schwelgt in der Erinnerung vergangener Zeiten, wo der Edelmann von Gottes Gnaden dem Bürger und Landmanne ungestraft den Fuß auf den Nacken setzen durfte.

So hatten bis zum Jahre 1812 die Juden, die in den kleinen Städten und Dörfern Schlesiens wohnten, an ihren Gutsherrn eine Abgabe zu entrichten, von der die christlichen Unterthanen befreit waren, und weil diese Abgabe in Gestalt eines Maria-Theresia-Dukatens von jeder Judenfamilie des Ortes alljährlich in die herrschaftliche Rentamtskasse eingezahlt werden mußte, nannte man sie den Schutzdukaten. Dafür hatte der Gutsherr die Verpflichtung, seine jüdischen Unterthanen gegen alle Unbilde und Ausschreitungen irgendwelcher Art zu schützen. So stand es wenigstens auf dem Papiere, das der Parneß im Archiv der Gemeinde sorgfältig zu verwahren pflegte. Weil die Gutsherren aber weniger den Schutz der Juden als den des eigenen Geldbeutels im Auge behielten, so hatten sie die Einrichtung getroffen, daß der Vorstand der Gemeinde den Schutzdukaten von jeder einzelnen Familie erhob und die ganze Summe dann dem herrschaftlichen Rentmeister einhändigte. Selbstverständlich waren Vorstand und Gemeindemitglieder für den ganzen Betrag der Abgabe solidarisch verpflichtet und selten nur wurde ein Nachlaß gestattet.

So war es auch in Z., einem Städtchen in Oberschlesien, das durch den Gewerbefleiß seiner jüdischen Bewohner zu einem gewissen Wohlstand gelangt war. Auch dort wurde

der Schutzdukaten alljährlich dem gestrengen Herrn Rentmeister in tiefster Unterthänigkeit überreicht, und die beiden obersten Gemeindebeamten Reb Itzig Leipziger, der Parneß, und Reb Chaim Cohn, der Schatzmeister, schlechtweg der Bal Towa genannt, seit Jahren die Ueberbringer des Schutzgeldes, thaten sich nicht wenig darauf zu gute, bei dieser Gelegenheit vom Rentmeister mit einer Prise Tabak regaliert worden zu sein.

Am politischen Horizonte Preußens aber stiegen dunkle Wolken herauf. König Friedrich Wilhelm III. hatte Napoleon den Krieg erklärt; Preußen wollte den Uebermut des kühnen Korsen brechen. Bei Jena kam es zur Schlacht, die so unglücklich für Preußen ausfiel, daß zwei Monate später der größte Teil des Königreichs in den Händen der Franzosen sich befand, der König aber seine Residenz von Berlin nach Königsberg, der äußersten Grenze des Landes, verlegen mußte.

Auch Graf M. von Z., der seine Einkünfte in Berlin zu verzehren pflegte, wollte seinem königlichen Herrn nach Königsberg folgen, wie es einem braven Kavalier geziemte. Aber schon hatten die Franzosen Breslau besetzt, fast alle Festungen der Provinz waren genommen, während ein Streifkorps den Teil Oberschlesiens bedrohte, in welchem die gräflichen Güter lagen. Das Gefährliche der Situation erkennend, eilte Graf M. nach Z., um zu retten, was noch zu retten war. Aber da war blutwenig zu haben und noch weniger zu retten. Standen auch noch keine Franzosen in Z., so hatte doch der Krieg und namentlich die Ausrüstung der im Orte ausgehobenen Rekruten die gräfliche Kasse arg gebrandschatzt und sämtliche Getreidespeicher waren vom Militärfiskus ausgeräumt worden. Für diese Zwangslieferungen hatte der Rentmeister allerdings Quittung empfangen, wofür der Staat später Zahlung leisten wollte, aber wann dies geschehen würde, war in dieser Zeit der Not schwer zu sagen. Trostlos blickten Graf und Rentmeister in die leere eiserne Truhe, die im Kassenzimmer stand, das augenblicklich keines Schlosses bedurfte.

Ernst und sinnend schritt Graf M. im großen Saale des Schlosses auf und nieder. Von befreundeter Hand war ihm soeben die Nachricht geworden, daß auch er zu den Proskribierten gehöre, die vor der Rache Napoleons zu zittern hätten. Nur schleunige Flucht konnte ihn retten. Auch er hatte ja gleich vielen andern Gesinnungsgenossen seine Landsleute durch Wort und Schrift für den geplanten Krieg mit dem Erbfeinde zu entflammen gewußt und hatte bei solchen Gelegenheiten des Soldatenkaisers in nicht sehr schmeichelhaften Ausdrücken gedacht. Jetzt, wo das Preußenland wehrlos und zertreten dem kühnen Eroberer und seiner Soldateska gänzlich preisgegeben war, sollten die es besonders empfinden, die es gewagt, die Person Napoleons zu verunglimpfen, er wollte blutige Rache an ihnen nehmen.

Der Graf klingelte. „Bestelle mir den Rentmeister her, aber sofort," rief er dem eintretenden Diener zu und wenige Minuten später stand der treue Kassenbeamte vor seinem Herrn. „Ich muß fort, Manderle, muß schleunigst fort, bin hier keine Minute länger sicher, namentlich wenn es wahr sein sollte, daß Kosel kapituliert hat und französische Reiter bei Leobschütz herumstreifen. Ich muß fort, Alter, weit fort; glaube nicht, daß Königsberg mir Sicherheit bietet, aber dort stände mir wenigstens der Weg nach England offen und das wäre der einzige Rettungsweg. Jedenfalls aber brauche ich Geld. Wißt Ihr denn gar kein Mittel, wie da geholfen werden kann? Sind denn alle Quellen versiegt, ist jede Hilfe abgeschnitten?"

„Gnädiger Herr," erwiderte Manderle, und das Beben seiner Stimme verriet, wie schmerzlich es ihm sei, seinen Herrn, den Erben eines erlauchten Namens in solcher Lage zu wissen, „im Dienste Ihres hochseligen Vaters habe ich mir ein kleines Sümmchen, etwa dreihundert Thaler, erspart, ich würde mich glücklich schätzen, wenn Sie, Herr Graf, dieses Geld zur Reise benützen wollten, anderen Rat weiß ich nicht, für den Augenblick wenigstens nicht."

„Sprich mir nicht von Deinem Gelde, alter treuer Freund," fiel der Graf rasch ein und legte dem alten Manne die Hand auf die Schulter, „Deine Sparpfennige mag ich Dir und Deinen Kindern nicht nehmen. Doch da fand ich ja, als ich Eure Bücher und Einnahmelisten durchblätterte, eine Abgabe der hiesigen Judengemeinde, Schutzdukaten genannt. Würde die Judenschaft, die immer als reich, mindestens als wohlhabend galt, nicht zu veranlassen sein, diesen Schutzdukaten für einige Jahre im voraus zu bezahlen, wenn man ihr einen Abzug gestattet und die häufig erbetene Ablösung des Schutzgeldes in Aussicht stellte?"

„Ein vortrefflicher Gedanke das, Herr Graf," erwiderte der Rentmeister „und obschon der Krieg auch den Juden schwere Opfer auferlegte, glaub' ich doch, daß sie unter den erwähnten Bedingungen zu solcher Vorschußzahlung sich verstehen würden. An Geld fehlt es ihnen immer noch nicht, und gut und opferwillig sind sie auch, was auch immer vom Juden gesagt werden mag."

„Gut denn, Manderle," sagte Graf M. „lasset sofort die Vorsteher der Gemeinde kommen, ich selbst will mit ihnen reden."

(Fortsetzung folgt.)

Epigramme und Anderes.

Von Wilhelm Ruhemann.

Bis dat, qui cito dat.

„Mit doppeltem Werte die Gabe fließt
Von dem, der zu geben sich schnell entschließt!"
Den Spruch kennt Arazius, der brave Mann,
Und da er sich nimmer befreunden kann
Mit dem Entschlusse, dem raschen,
Oeffnet er nie seine Taschen.

* * *

Auf den Tod eines Geizhalses.

Dem alten Knicker wollt kein Mensch mehr etwas geben,
Gewohnt zu nehmen, nahm er Gift und sich das Leben

* * *

Gegensätze.

Nur selten sind Reichtum und Geist eng vereint,
Der eine wird oft durch den andern verneint.

* * *

Weisheit und Dummheit.

Ein Sprüchlein ward treffend und sinnig erdacht:
Es lächelt der Weise, der Dumme laut lacht!

Briefe aus Krähwinkel.

Von D. Dalles.

III.

Hochgeehrter Herr Chefredakteur! Sollte diesem Briefe beschieden sein, der Ewigkeit überliefert zu werden, so ersuche ich Sie, oben hinter meinen Namen die Zahl XVII (in römischen Ziffern!) zu setzen. Denn es ist der siebzehnte Brief, den ich an Sie schreibe, von welchen aber bisher nur zwei gedruckt wurden. Wollte ich, wie mein christlicher Kollege mit dem gefärbten Schnurrbart — ich schreibe Ihnen noch darüber! — sagt, pro nihilo, d. h. für die Katz schreiben, so hätte ich ja nach wie vor ständiger Mitarbeiter der „Kölnischen Zeitung" bleiben können, die ja auch meine Arbeiten nicht gedruckt hat.

Aber ich glaube Ihre Gedanken erraten zu haben. Lewison, selbst ohne h, ist kein Name für einen berühmten Schriftsteller; der Name klingt zu alltäglich und zu jüdisch. Ich habe mich darum entschlossen, ein Pseudonym zu wählen, und in Zukunft D. Dalles zu zeichnen; ist auch Dalles ein alltäglicher Name, jüdisch ist er nicht — mehr. Das mir zuständige Honorar kann mir Ihr Verleger bei der Reichsbanknebenstelle in Nieder-Krähwinkel unter meiner bürgerlichen Adresse anweisen, ich werde es alsdann vierteljährlich am Tage vor der Tkupho erheben und beim Vollmond nach Kidusch Lewono zählen.

Apropos: Meine Frau, die merkwürdigerweise alle Familienbeziehungen aufstöbert, hat herausgebracht, daß Ihr neuer Verleger ein Vetter ihres Stiefbruders ist. Dieser hat auch Siegfried geheißen und war in Crumbach geboren — ich schreibe Ihnen noch darüber. Auf die Höhe des Honorars sollen diese Familienbeziehungen jedoch keinen Einfluß üben. —

Also die konservative Partei im Repräsentantenkollegium in Berlin ist eifrig bei der Arbeit? Das freut mich. Ist es denn aber auch wahr, was ein Fellreisender hier erzählt hat, nämlich daß die Repräsentanten jetzt in schwarzen Käppchen beraten?

Was ist das für ein merkwürdiger Plan, daß die Gemeinde Berlin nun zwei Rabbiner anstellen will, wovon einer orthodox, der andere neolog sein soll? Ich denke mir die Lösung viel einfacher und begreife nicht, wie Ihre Mitarbeiter, die Herren Klausner und Bernfeld, mit denen ich mich demnächst zu beschäftigen gedenke — ich schreibe Ihnen noch darüber — nicht auf diesen Gedanken gekommen sind. Es muß nämlich ein Kandidat gesucht werden, der in Ungarn geboren ist und in Berlin die Jeschiwo (ich glaube, man nennt sie Hochschule) besucht hat. Dieser muß kontraktlich gezwungen werden, in den Monaten mit einem r (wo die Krebse genießbar sind) streng orthodox, in den übrigen Monaten streng freisinnig zu predigen. Geeignete Texte, die man rechts und links drehen kann, ohne aus ihnen etwas machen zu können, besitze ich in Fülle. Ich würde darum jetzt meine alte Kandidatur wieder aufnehmen, aber ich bin nicht blos durch meinen auf ein volles Jahr verlängerten Kontrakt, sondern auch durch die Pflicht der Dankbarkeit hier gebunden. Unsere alte Friedhofsmauer ist nämlich renoviert worden. Aus dem Ertrage einer Sammlung, die 52,75 Mark ergeben hat, sind 12,25 Mark übrig geblieben. Diese Summe soll mir nach dem nächsten Jomkippur als besondere Gratifikation für meine Leistungen überwiesen werden. Mein zweiter Vorsteher will sogar gehört haben, daß der Ueberschuß volle 13 Mark beträgt. Und da sollte ich Krähwinkel verlassen! Unreines ausgießen, ehe ich Reines habe! Nein, ich gieße nicht aus — ich schreibe Ihnen noch darüber!

Hier und dort.

R. **Berlin**, 26. Mai. Am 25. d. M. tagte hier im Hotel Münchener Hof die konstituierende Versammlung der jüdischen Lehrer Brandenburgs, einberufen von den Herren Rektor Dr. Adler und Lehrer Cohn-Küstrin. Nachdem die Versammlung von den Einberufern gegen 11 Uhr vormittags eröffnet worden war, wurden zunächst die Kollegen Dr. Adler, Cohn-Küstrin und Remack ins Bureau gewählt. Darauf entwickelte Dr. Adler Ziel und Zweck des neuen Vereins. Nachdem sich die meisten der Anwesenden in die ausgelegte Mitgliederliste eingezeichnet hatten, verlas der Vorsitzende noch eine ganze Reihe Beitrittserklärungen auswärtiger Kollegen. Hierauf wurde zur Beratung der Statuten geschritten. Die einzelnen Paragraphen des von den Einberufern bereits ausgearbeiteten Statuts wurden ohne, oder mit nur kleinen Veränderungen angenommen. Eine größere Diskussion entspann sich nur über § 2, bei welchem als Aufgabe der Vereinsabende noch Lehrproben eingeschoben wurden, und besonders über § 3. Während nach diesem Paragraphen der Zutritt allen denen, die ein Lehramt an einer von einer jüdischen Gemeinde unterhaltenen Unterrichtsanstalt bekleiden, möglich ist, auch wenn sie keine staatliche Prüfung bestanden haben, wurde von mehreren Kollegen beantragt, die Mitgliedschaft nur staatlich geprüften Lehrern zugänglich zu machen. Dieser Antrag wurde jedoch von der Versammlung abgelehnt. Hierauf schritt man zur Vorstandswahl. In denselben wurden die Kollegen Dr. Adler als 1. Vorsitzender, Cohn-Küstrin 2. Vorsitzender, Remack 1. Schriftführer, Heidenfeld-Friedeberg 2. Schriftführer, und Weber als Schatzmeister gewählt.

♪ **Berlin**, 26. Mai. Der „Jüdische Studienbeförderungs-Verein" begeht in diesem Jahre sein goldenes Jubiläum. Eigenartig war die Veranlassung zur Gründung des Vereins, wechselreich seine Geschichte. Bei der geistigen Regsamkeit, die am Beginn der vierziger Jahre unsere Glaubensgenossen ergriff, fühlten sich zahlreich in Berlin weilende Jünglinge (Bachurim) von den Segnungen der neuen Zeit ausgeschlossen und unternahmen es, unterstützt von edlen Männern unserer Gemeinde, sich selbst die Fähigkeit zu verschaffen, an dem Streben und Schaffen ihrer deutschen Glaubensgenossen teilnehmen zu können. Sie schlossen sich zu dem „Jüdischen Studienbeförderungs-Verein, auch חברת בחורים genannt, zusammen, gewannen eine Anzahl junger deutscher Glaubensgenossen, Studenten der hiesigen Universität, die ihnen opferwillig den ersten Unterricht erteilten, sie in die Wissenschaft einführten und sie befähigten, sich einem wissenschaftlichen, zumeist dem theologischen oder pädagogischen, oder einem

bürgerlichen Berufe zu widmen. Auch für den leiblichen Unterhalt ihrer Mitglieder sorgte bestmöglichst die Vereinigung; den Kranken wurde ärztliche Hilfe und die nötige Pflege zugewandt, den Bedürftigen Freitische, besonders an den Feiertagen, verschafft. Im weiteren Verlaufe wurden auch jüdisch-wissenschaftliche Vorträge für die fortgeschritteneren Mitglieder veranstaltet. Nach 25jähriger Thätigkeit hatte die Vereinigung, dank der sich stetig steigernden Teilnahme der Glaubensgenossen in unserer Gemeinde, bereits mehr als 200 jungen Leuten Hilfe gewährt. Der reiche Segen, den das Wirken des Vereins schon bis zu dieser Zeit unseren Glaubensbrüdern gebracht hat, wird in seiner vollen Größe erst dann erkannt und gewürdigt, wenn wir uns vor Augen führen, daß die Zöglinge des Vereins teilweise nach genossener Ausbildung in ihr Vaterland zurückkehrten und die ihnen durch den Verein zugeführte Kultur den zurückgebliebenen Genossen der östlichen Heimat übermittelten. In der Folge freilich wurde die Thätigkeit des Vereins in dieser Richtung durch die polizeilichen Maßnahmen, die seit dem Jahre 1882 gegen die Einwanderung ausländischer junger Leute getroffen wurden, auf das empfindlichste beeinträchtigt und schließlich ganz unmöglich gemacht. Während 1883 noch 17 Schüler die Wohlthaten des Vereins genossen, beschränkte sich zwei Jahre später ihre Zahl nur noch auf vier, und am Ende des Jahres 1885 mußte der Unterricht gänzlich eingestellt werden. In richtiger Erkenntnis der veränderten Verhältnisse gaben die Männer, die an der Spitze des Vereins standen, ihm eine neue Richtung: Sie machten es sich zur Aufgabe, würdige und bedürftige Schüler der hiesigen höheren Unterrichtsanstalten ohne Rücksicht auf ihre Herkunft in ihre Obhut zu nehmen, sie mit Rat und thatkräftiger Hilfe während ihrer Schuljahre zu unterstützen, ihnen Schulgeld und Bücher, zuweilen auch andere Unterstützungen zu gewähren und sie zu sittlich-religiösem Wandel anzuhalten, insbesondere ihnen den Besuch einer Religionsschule zur Pflicht zu machen. Der Erziehung der jüdischen Jugend zu tüchtigen, erwerbsfähigen Menschen, der Verbreitung von Bildung und Gesittung, der Pflege von Religiosität und edler Menschlichkeit hat sich der Verein in seinen verschiedenen Phasen in gleicher Treue durch nun fünfzig Jahre gewidmet. Er darf darum aus Anlaß seines Jubiläums der Sympathie aller versichert sein.

⚒ **Berlin,** 26. Mai. Der Ausschuß des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes ladet seine Mitglieder zu dem am 21. Juni stattfindenden 7. Gemeindetag ein. Die Tagesordnung soll noch bekannt gegeben werden. Daß es sich vornehmlich um die Wahl eines Vorsitzenden des Ausschusses handelt, haben wir schon bei anderer Gelegenheit mitgeteilt. Die Beratungen scheinen öffentlich zu sein, da auch sämtliche Fachblätter Einladungen erhalten haben.

* **Berlin,** 26. Mai. Am Freitag haben sie auf dem jüdischen Friedhofe in Weißensee eine Frau bestattet, die an dieser Stelle erwähnt zu werden verdient: Frau Pauline Klausner, die zwei Tage vorher hochbetagt aus dem Leben geschieden. Die Entschlafene entstammte einer angesehenen jüdischen Familie in Kobylin und war durch die Verbindung mit ihrem ihr vor sieben Jahren in den Tod voraufgegangenen Gatten Bernhard Wolff Klausner Trägerin eines weit über die Provinz hinaus bekannten Namens geworden. Die Familie Klausner zählt seit einem Jahrhundert zu der geistigen Aristokratie des Judentums im Osten Deutschlands; wie vordem auf theologischem, so ragt diese Familie jetzt auf journalistischem Gebiete hervor. Rabbi Wolff Klausner, der „Exiner Raw", war ebenso bekannt wie später sein Sohn, der Stadtverordnetenvorsteher und Ehrenbürger Bernhard Wolff Klausner, wie jetzt seine Enkel, die Politiker und Feuilletonisten in Berlin und London. Und war es einerseits die Bedeutung dieser Männer, so waren es andererseits die großen Vorzüge des Herzens und des Geistes der Entschlafenen, die eine große Schar von Leidtragenden auf dem Friedhofe versammelten und an der Trauer der Hinterbliebenen auch Fernstehende innigen Anteil nehmen ließen. Ergriffen und ergreifend widmete der Schwiegersohn der Verblichenen, Rabbiner Dr. Ph. Kroner, im Namen der Familie der Verklärten ein Wort des Nachrufs und Rabbiner Dr. Weiße den Trauernden ein Wort des Trostes, und bewegt sahen wir sie in die Gruft senken, die mit Recht gepriesen wurde als die Idealgestalt einer jüdischen Frau. Sie ruhe in Frieden.

* **Berlin,** 26. Mai. Der Antrag auf Uebersetzung des Schulchan-Aruch auf Staatskosten, über dessen Beratung wir kürzlich berichtet haben, war von folgenden Mitgliedern des preußischen Herrenhauses unterzeichnet: Freiherr v. Durant, Freiherr v. Bodenhausen-Radis, v. Bredow-Senzke, Graf zu Dohna-Lauck, Graf Finck v. Finckenstein-Madlitz, v. Gottberg, Graf v. d. Gröben-Schwansfeld, v. Hertzberg, v. Kalckreuth, Graf v. Kalnein, v. Katte, Graf v. Keyserling, v. Kleist-Retzow, Graf v. Klinkowstroem, Hans Edler Herr zu Putlitz, Graf v. Reichenbach-Goschütz, v. Rexin, Graf v. Seidlitz-Sandreczki, v. Voß-Wolffradt, v. Zitzewitz.

* **Berlin,** 26. Mai. Der Wohlthätigkeitsverein „Gemilus Chassodim" veranstaltet am 7. Juni in Dräsels Festsälen ein Sommerfest mit Ball zum Besten der Vereinskasse, auf das wir die Freunde und Gönner des Vereins hiermit aufmerksam machen.

♩ **Diepholz,** 25. Mai. Zum Selbstmord des Lehrers Hörter wird der „Hannov. Schulzeitung" von hier geschrieben: „Hörter zeigte von Anfang an ein verschlossenes, wunderliches Wesen, brachte jedem, auch seinen christlichen Kollegen, ein unbegründetes Mißtrauen entgegen, lebte ganz für sich und geriet fortwährend in Zwistigkeiten mit seiner Gemeinde. Eine Zeit lang nahm er seine Mahlzeiten, weil nach seiner Behauptung keiner seiner Glaubensgenossen ihn beköstigen wollte, in einem hiesigen Hotel ein, wurde deshalb wegen Uebertretung der jüdischen Speisegesetze denunziert, aber nicht bestraft, weil seine vorgesetzte Behörde annahm, er habe in einer Zwangslage gehandelt. In letzter Zeit war er augenscheinlich geisteskrank. Von Radau-Antisemiten wurde er häufig mit rohen Scherzen belästigt. Da er seine zweite Prüfung nicht bestanden hatte, war es ihm unmöglich, eine andere Stelle zu erlangen." Schuld an diesem sensationellen Selbstmord scheint somit die jüdische Gemeinde nicht zu sein.

⚒ **Frankfurt a. M.,** 24. Mai. Der Vorstand der israelitischen Gemeinde hat neuerdings beschlossen, das seit mehr als 90 Jahren bestehende „Philanthropin", die Realschule und höhere Töchterschule der israelitischen Gemeinde allmählich

klassenweise eingehen zu lassen. Der Schulrat der Anstalt, deren fernere Existenz schon einmal, vor etwa Jahresfrist, in Frage gestellt war, widerspricht der Auffassung des Gemeindevorstandes, als sei die Schule zu kostspielig (der Aufwand beträgt etwa 60—70,000 Mark jährlich) und infolge der veränderten Zeitläufte keine Notwendigkeit mehr. Er ist, der Frkf. Ztg. zufolge, entschlossen, alle erforderlichen Schritte zu Gunsten des Fortbestandes des „Philantropins" zu unternehmen und wird gebotenenfalls die Intervention der Regierung anrufen.

⊙ **Wien**, 22. Mai. Bei der heute vollzogenen Vize-Bürgermeisterwahl wurde zum ersten Vizebürgermeister Lueger, zum zweiten der deutschnationale Advokat Neumaier gewählt. Während Lueger in ziemlich farbloser Rede die Wahl anzunehmen erklärte, sprach Neumaier scharf antisemitisch.

⚒ **Pest**, 24. Mai. Die hiesige Landes-Rabbinerschule gab aus Anlaß der Milleniumsfeierlichkeiten die Geschichte der Anstalt heraus. Wie wir derselben entnehmen, haben von 56 Zöglingen, welche die Anstalt verließen, seit 1—2 Jahren 12 keine Rabbinerstellen erlangt und sind gezwungen, eine andere Laufbahn zu betreten; sechs wirken an verschiedenen Anstalten als Lehrer. — Im Verlaufe des Jahres magyarisierten ihre Namen 620 Israeliten, d. i. 61,82 pCt. der gesamten Magyarisierungen. — Die orthodoxe Gemeinde in Großwardein hat die Errichtung einer Lehrerbildungsanstalt beschlossen.

⁂ **Bern**, 27. Mai. Eine Depesche meldet, die Regierung von Baselland habe den Beschluß der Gemeinde Bottmigen nicht bestätigt, nach welchem der israelitischen Gemeinde die Anlage eines Friedhofes im Banne von Bottmigen gestattet wurde. Man sollte meinen, es gehörte zur Autonomie einer Gemeinde, über die Anlegung von Friedhöfen zu disponieren, indessen ist in der Beziehung das jeweilige kantonale Staatsrecht maßgebend. Die Gründe, welche die Regierung von Baselland bewogen, dem Beschluß der Gemeinde Bottmigen die Bestätigung zu versagen, wurden in jener Depesche nicht angegeben. Waren es sanitäre oder konfessionelle Gründe? In letzterer Hinsicht ist zu betonen, daß Art. 53 der Bundesverfassung die Anlegung konfessionell getrennter Kirchhöfe nicht verbietet. Der Bundesrat erklärte es als gesetzlich zulässig, daß einzelne Religionsgenossenschaften, wie z. B. die Juden, wo sie zahlreich vertreten sind, eigene Kirchhöfe anlegen, oder daß in einer paritätischen Gemeinde mit einem einzigen Kirchhofe die eine Hälfte von dieser, die andere von jener Konfession benutzt wird.

z. **Paris**, 24. Mai. Ein hervorragender französischer Jude starb dieser Tage in der Person von General Lambert, Divisions-General der Reserve und Großoffizier der Ehrenlegion. Lambert wurde 1825 in Nancy geboren. Als Oberstlieutenant wurde er vom Präsidenten Thiers zum Kommandanten des Elyseepalastes ernannt. Später erfolgte seine Ernennung zum Obersten der republikanischen Garde und zum Generalinspektor der Gendarmerie. Die höchste Stellung, die General Lambert erreichte, war die des Höchstkommandierenden des französischen Occupationsheeres in Tunis.

✗ **London**, 20. Mai. Nach dem Tode des Baron Hirsch wurde in interessierten Kreisen die Frage aufgeworfen, wer jetzt der faktische Besitzer der Aktien der jüdischen Kolonisationsgesellschaft werden wird? Baron Hirsch besaß, nach einem hiesigen Blatte, von den 20,000 emittierten Aktien 10,800. Im Jahre 1895 übergab Hirsch je 3600 Aktien der Pariser Alliance Israélite universelle und der Anglo-Jewish Association. Die Alliance übergab später ihre Aktien der Londoner Gesellschaft. Hirsch schenkte der letzteren Gesellschaft 1990 Aktien. Dieser Art besitzt die Anglo-Jewish Association 7595 Aktien. Der Präsident der Association, Claude Montefiore, ist der Kurator des Aktienkapitals im Werte von 759,500 Pfd. Sterl. und ist also jetzt der faktisch einflußreichste Aktienbesitzer.

✗ **London**, 20. Mai. Die Einführung eines gemischten Chors in der East London Synagogue hatte zur Folge, daß eine größere Anzahl von Mitgliedern ausgeschieden ist und eine besondere Vereinigung mit gesondertem Gottesdienst gebildet hat.

---

* **Aus den Gemeinden.** Rabb. Dr. Blumenthal in Frankfurt ist einstimmig zum Rabbiner in Danzig gewählt. — Herr Lehrer Eschwege in Karbach ist nach 31jähriger erfolgreicher Wirksamkeit, 77 Jahre alt, gestorben.

— **Vakanzen.** Büdingen (Oberhessen). Sof. sem. geb. Rl. K. Sch. auch Pred. Fix. 1000, Nbk. ca. 600 Mk. u. fr. Wohn. Meld. an G. Gump. — Schwetz (Weichsel). Zum 1. 9. II. L. K. Sch. Kore Tok. Fix. 2000 Mark u. Nbk. — Kattowitz. Vor den י"ט mus. geb. Ob. K. Fix. 3000 Mk.

Aus dem Leserkreise.

Sehr geehrter Herr Redakteur! Die Entgegnung des Herrn Traubenberg giebt mir Veranlassung, Sie zu ersuchen, mir noch einmal einigen Raum in Ihrer geschätzten Zeitung zur Verfügung zu stellen. Mit meinen Zeilen in Nummer 19 bezweckte ich, zwei unrichtige Behauptungen, die Herr Traubenberg über das Buch des Herrn Dr. Feilchenfeld in seinem Referat ausgesprochen hat, zu widerlegen. Herr Tr. thut nun in seiner Entgegnung so, als ob ich meine Zeilen nur aus Dienstbeflissenheit geschrieben hätte. Wenn dies der Fall wäre, würde ich mich dieser Dienstbeflissenheit nicht zu schämen brauchen; sie galt dann eben meinem Lehrer, dessen Buch von einem Herrn angegriffen wurde, der dasselbe scheinbar nicht kennt. Es war aber einzig und allein Interesse für die Sache, die mich bewog, diese Zeilen zu schreiben. In seiner Entgegnung nun sagt Herr Traubenberg, daß er den materiellen Inhalt des Buches garnicht angegriffen habe, während er in seinem Vortrage sagt, daß das, was Herr Dr. Feilchenfeld in seinem Buche giebt, „gar zu dürftig" ist. Diese Logik wird hier zu Lande nicht verstanden, aber Herr Traubenberg — der ja gewiß wieder die ganze Welt auf seiner Seite hat — wird sie hoffentlich verstehen. Ferner schreibt Herr Tr. in seiner Entgegnung, „er und die ganze Welt waren bisher der naiven Auffassung „Schule" heiße in Gegenüberstellung zu „Haus" „Schüler" und „für Schule und Haus" bedeute ganz schlicht für „Eltern und Schüler", nur

ich allein teilte diese Auffassung nicht. Jeder aber kann aus meiner Mitteilung in Nummer 19 ersehen, daß ich genau derselben Meinung bin. Ich habe daselbst geschrieben: „Der Ausdruck „für Schule“ berechtigt jeden, der nicht einmal die ersten Zeilen der Einleitung gelesen hat, zu dem Schluß, daß das Buch für die Schüler geschrieben ist.“ Damit habe ich doch offenbar gesagt, daß der Ausdruck „für Schule“ „für Schüler“ bedeutet; doch jeder, der die ersten Zeilen der Einleitung gelesen hat, kann ersehen, daß dieses Mal mit dem Ausdruck „für Schule“ nicht die Schüler sondern die Lehrer gemeint sind. Am merkwürdigsten nun erst ist der Schluß der Entgegnung des Herrn Traubenberg. Nachdem er auseinandergesetzt hat, daß „für Schule und Haus“ „für Eltern und Schüler“ bedeutet, hätte er doch nun jetzt wenigstens sagen müssen — falls er das Buch kennt — daß die Titelseite nicht den Inhalt genau andeutet, denn in der Einleitung sind, wie sich jeder überzeugen kann, Lehrer und Eltern angeredet. Aber dieses zu schreiben, fällt Herrn Traubenberg garnicht ein; vielmehr sucht er noch einmal den Schein zu erwecken, als ob das Buch für Lehrer und Schüler geschrieben ist; denn stolz hält er seine Rüge aufrecht. „Ein feiner Sinn für Takt“, den ja Herr Tr. beim Verfasser des Buches vermißt, würde sich das selber gesagt haben, daß man eine solche Rüge nur einem Buche erteilen kann, welches in der That für Lehrer und Schüler geschrieben ist.

Julius Galliner, Schwerin i. M.

* **Danksagung.** Gestatten Sie mir, hochverehrter Herr Redakteur, durch Ihre werte Zeitung allen denjenigen Vereinen, Stiftungen wie auch Privatpersonen, die mich in den letzten Monaten zu meinem fünfundzwanzigjährigen Doktorjubiläum mit ihren Gratulationen, Danksagungen, Adressen, Telegrammen 2c. beehrt haben — meinen innigsten Dank auszusprechen. Im Bewußtsein, daß die allgemeinen Anerkennungszeichen, die mir zuteil wurden, ein Lohn meiner bescheidenen wissenschaftlichen Untersuchungen der verschiedenen Schlachtmethoden sind, die so oft in Ihrer werten Zeitung wohlwollende Besprechung fanden — erlaube ich mir an dieser Stelle, Ihnen, hochverehrter Herr Redakteur, meinen Dank zu sagen.

St. Petersburg, den 6./18. Mai 1896.

Große Gartenstraße 60. Dr. med. J. Dembo.

* Geehrter Herr Redakteur! Hiermit erlaube ich mir, Sie auf eine Anordnung der jüdischen Gemeinde zu diesen Feiertagen aufmerksam zu machen. Den ersten Abend war laut Inserat der Eintritt in die Synagogen nur gegen Karten gestattet. Meiner Ansicht nach ist es ein großer Fehler und gerade in heutiger Zeit, in der so viel wie möglich das Interesse für das Jüdische geweckt werden muß, so und so viele, die den freien Sonntag zum Besuch des Gottesdienstes benutzen könnten, daran zu verhindern. Die Furcht vor Ueberfüllung, die polizeilichen Vorschriften, die koulante Handhabung durch Einlassung vieler ohne Karten rechtfertigt die Bestimmung keineswegs, wenn nicht für Ersatz-Gottesdienst wie zur Seelenfeier gesorgt ist. Ich bitte, dies in Ihrem geschätzten Blatte zu besprechen und hoffe dadurch der Wiederholung einer solchen Bestimmung vorzubeugen.

Eugen Wiener.

Briefkasten.

Hrn. M. B., Neustadt b. P. Das „Kleine Glaubensbekenntnis“, das wir in voriger Nummer abgedruckt, ist kein Religionsbuch; das, was wir gebracht, ist ein Ganzes. Der Name des Verfassers ist uns natürlich bekannt, er hat aber für Unbeteiligte kein Interesse und darum verschweigen wir ihn. — Hrn. Lehrer H., Fronhausen. Wir hatten noch nicht Zeit, die Rede zu lesen. — Hrn. S. L., Düsseldorf. Der Aufsatz Dr. Leimdörfers ist in einer Nummer des vorigen Jahrganges erschienen, die wir nur in einem einzigen Handexemplar besitzen und darum nicht abgeben können. — Hrn. A. Sp., Heinebach. Wir bitten um Einsendung des Mſ.

Verantwortlicher Redakteur: A. Levin, Berlin. — Verlag: Siegfried Cronbach, Berlin W. 57. — Druck: Arthur Scholem, Berlin C., Roßstr. 3.